

REGIONALPLAN SÜDEN

Regionalkonferenz vom 10. Dezember 1999

Kulturfabrik in Esch/Alzette

Abschlussbericht

Januar 2000

Ministère de l'Intérieur

Oeko-Bureau

Zeyen+Baumann

Taurus

Büro Zilm

Trafico

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	3
2. Einleitende Vorträge und Rahmendiskussion im Plenum	4
2.1 Regionalplan und Regionalkonferenz: eine Chance für den Süden !	4
2.2 Erwartungen, Prioritäten, Ideen aus Sicht der Gemeinden	6
2.3 Rahmendiskussion	10
3. Vorstellung des Arbeitspapiers des Innenministeriums im Plenum	12
4. Berichte aus den Arbeitsgruppen	17
4.1 Arbeitsgruppe 1: Mehr Wohnqualität durch eine koordinierte Siedlungsentwicklung	17
4.1.1 Einleitendes Statement mit den Leitideen und Entwicklungszielen.....	17
4.1.2 Diskussion 18	
4.1.2.1 Diskussion über die Leitideen und Entwicklungsziele.....	18
4.1.2.2 Handlungsbedarf und Projektansätze.....	20
4.2 Arbeitsgruppe 2: Förderung der Lebensqualität durch nachhaltige Mobilität	23
4.2.1 Einleitendes Statement mit den Leitideen und Entwicklungszielen.....	23
4.2.2 Diskussion 25	
4.2.2.1 Diskussion über die Leitideen und Entwicklungsziele.....	25
4.2.2.2 Handlungsbedarf und Projektansätze.....	27
4.3 Arbeitsgruppe 3: Der Süden – eine dynamische, attraktive und wettbewerbsfähige Region	29
4.3.1 Einleitendes Statement mit den Leitideen und Entwicklungszielen.....	29
4.3.2 Diskussion 30	
4.3.2.1 Diskussion der genannten Leitideen und Entwicklungszielen.....	30
4.3.2.2 Handlungsbedarf und Projektansätze.....	31
4.4 Arbeitsgruppe 4: Natur- und Landschaftsschutz: Chance und Notwendigkeit zugleich	33
4.4.1 Einleitendes Statement mit den Leitideen und Entwicklungszielen.....	33
4.4.2 Diskussion 34	
4.4.2.1 Diskussion über die Leitideen und Entwicklungsziele.....	34
4.4.2.2 Handlungsbedarf und Projektansätze.....	37
4.5 Arbeitsgruppe 5: Freizeit-Kultur-Tourismus: drei Markenzeichen der Region?	40
4.5.1. Einleitendes Statement mit den Leitideen und Entwicklungszielen.....	40
4.5.2 Diskussion 41	
4.5.2.1 Diskussion über die Leitideen und Entwicklungsziele.....	41
4.5.2.2 Handlungsbedarf und Projektansätze.....	42
5. Schlussfolgerungen	47

1. Einleitung

Die Erarbeitung eines Regionalplanes Süden nimmt seit geraumer Zeit immer konkretere Formen an. Ein erstes Diskussionsforum, zu dem alle Gemeindeverantwortlichen eingeladen waren, fand am 27. Februar 1999 in Lamadelaine statt. Hier wurde die im Auftrag des Landesplanungsministeriums erstellte Stärken-Schwächen-Analyse¹ diskutiert. In den Schlussfolgerungen der Veranstaltung von Lamadelaine wurde festgehalten, dass eine erste Regionalkonferenz Süden Ende des Jahres 1999 stattfinden sollte. Ziel dieser Veranstaltung sollte es sein, die Diskussion zur Entwicklung der Südregion zu öffnen und allen interessierten Akteuren aus der Region die Möglichkeit zu geben, bereits in einer frühen Phase der Regionalplanung, an einem intensiven Austausch über die Entwicklungsperspektiven der Region teilzunehmen. Die Regionalkonferenz sollte demnach eine Schnittstelle zwischen der im Gesetz zur Landesplanung vorgesehenen formalen Prozedur und einem informellen Prozess, welcher Inputs für den Regionalplan liefern soll, darstellen.

In diesem Rahmen luden das Innenministerium und die 12 Gemeinden der Südregion eine Vielzahl von regionalen Akteuren (Politiker, Ministerien, Verwaltungen, interessierte Gruppierungen, lokale Vereine,...) zur ersten Regionalkonferenz ein, welche am 10. Dezember 1999 in der Kulturfabrik in Esch/Alzette stattfand.

Der vorliegende Bericht² versucht die Diskussionen der Regionalkonferenz wiederzugeben. Seine Struktur ist durch den Ablauf der Konferenz (siehe Tagesordnung im Anhang) vorgegeben und beinhaltet demzufolge zusammengefasste Redebeiträge aus dem Plenum sowie die Ergebnisse aus den Diskussionen der folgenden fünf Arbeitsgruppen:

1. Mehr Wohnqualität durch eine koordinierte Siedlungsentwicklung
2. Förderung der Lebensqualität durch nachhaltige Mobilität
3. Der Süden – eine attraktive Region für Arbeitnehmer und innovative Wirtschaftsunternehmen ?
4. Natur- und Landschaftsschutz: Chance und Notwendigkeit zugleich ?
5. Freizeit – Kultur – Tourismus: drei Markenzeichen der Region ?

Die Moderatoren brachten auch Ergebnisse aus Gesprächen mit ausgewählten Experten, die im Vorfeld zur Vorbereitung der Konferenz geführt wurden, in die Arbeitsgruppen mit ein, welche auch im Bericht aufgenommen wurden. Zur Strukturierung der Diskussionen hat das Innenministerium ein Arbeitspapier zusammengestellt, welches Zielvorstellungen aus dem Entwurf des Programme Directeurs aufgreift und für die Region Süden konkretisiert³. In den Arbeitsgruppen wurden diese Zielvorstellungen teilweise kontrovers diskutiert und Anregungen zu Ergänzungen vorgebracht. Diese Stellungnahmen und Anregungen werden in diesem Arbeitsbericht zusammenfassend wiedergegeben und sollen anschliessend in der Erstellung eines Orientierungsrahmens verarbeitet werden, der die erste Phase der Ausarbeitung des Regionalplanes darstellt und Aufgabenschwerpunkte, Lösungsansätze und Perspektiven für die Entwicklung der Region Süden beinhaltet.

¹ Oekobureau, Oktober 1998 : Stärken-Schwächen-Analyse für die Region Süden

² Der Bericht wurde von der vom Innenministerium beauftragten Bürogemeinschaft (Oeko-Bureau, Trafico, Taurus, Zeyen&Baumann, Zilm), in Zusammenarbeit mit dem Ministerium, erstellt. Die Bürogemeinschaft hatte den Auftrag die Regionalkonferenz mit vorzubereiten, zu begleiten (Moderation) und auszuwerten.

³ Ministère de l'Intérieur-Aménagement du Territoire, 1999 : Regionalplan Süden-Arbeitspapier zur Regionalkonferenz am 10.12.1999

2. Einleitende Vorträge und Rahmendiskussion im Plenum

Zeit: 9.15 – 11.00 Uhr

Podium:

Jeannot JEANPAUL, Clemency
 Jules WILHELM, Kayl
 Nelly STEIN, Schifflange
 Marcel BLAU, Differdange
 Mars DI BARTOLOMEO, Dudelange
 Fred SUNNEN, Sanem
 Will HOFFMANN, Rumelange (entschuldigt)
 Lucien LUX, Bettembourg
 Jean CHRISTOPHE, Bascharage
 Jean-Claude SCHANEN, Mondercange
 Jean-Marie HALSDORF, Pétange
 Michel WOLTER, Innenminister

Marc LINSTER, Moderator

2.1 Regionalplan und Regionalkonferenz: eine Chance für den Süden !

Zusammenfassung des Referates von Innenminister Michel Wolter

Berichterstattung: Philippe Peters (Innenministerium, Landesplanung)

Im Rahmen der Erarbeitung des neuen Programme Directeur der Landesplanung wurde eine neue Südregion definiert. Sie besteht aus insgesamt 12 Gemeinden und wurde auch in dieser Form von den betroffenen Gemeinden angenommen. Innerhalb dieser Region soll die Zusammenarbeit gestärkt werden, um so die Regionalentwicklung gezielter zu gestalten. Hierzu wurden bereits erste Schritte unternommen. Es handelt sich dabei unter anderem,

- um die Schaffung eines Koordinationsgremiums bestehend aus Vertretern des Innenministeriums und der Gemeinden („correspondants du plan régional Sud“),
- um die Erstellung einer Stärken-Schwächen-Analyse der Südregion und
- um den Aufbau eines regionalen Observatoriums, genannt ORESUD.

Im Februar 1999 fiel dann während eines Diskussionsforums mit den Gemeinden zur Stärken-Schwächen-Analyse die Entscheidung, eine Regionalkonferenz zu organisieren, um die Diskussion allen potentiellen Partnern aus der Region zu öffnen. Die Regionalkonferenz sollte Ende des Jahres 1999 stattfinden, damit etwaige Resultate in die Schöffenratserklärungen der Gemeinden einfließen könnten. Heute findet nun die erste Regionalkonferenz Süden statt.

In der Zwischenzeit erhielt die Regionalplanung durch die Verabschiedung des Gesetzes vom 21. Mai 1999 zur Landesplanung einen neuen legislativen Rahmen. Der Regionalplan Süden wird als erster auf dieser Basis erarbeitet. Er soll die Grundlage für die Zusammenarbeit der Gemeinden darstellen.

Der erste Regionalplan kann als Pilotprojekt betrachtet werden. Zum jetzigen Zeitpunkt ist seine Ausrichtung noch unklar, da sie massgeblich von den regionalen Akteuren mitbestimmt wird. Es ist allerdings wichtig bereits jetzt klarzustellen, dass der Regionalplan nicht alle Probleme lösen kann, sondern vor allem die Entwicklung in wichtigen Bereichen koordinieren soll. Ausgangspunkt ist dabei jeweils der gemeinsame Raumbezug, welcher durch das Territorium der Region Süden gebildet wird.

Um auf diesem Weg weiterzukommen, wird es in der Folge wichtig sein, die richtigen Fragen zu definieren und die dazugehörigen Handlungsoptionen zu identifizieren, damit auf der Grundlage eines breiten Konsens eine flexible Planung möglich wird.

Nach dem Gesetz zur Landesplanung durchläuft der Regionalplan die folgenden drei Etappen:

- Erarbeitung des Entwurfs
- Konsultationsphase
- Umsetzung

In der ersten Phase wird zwischen dem Orientierungs- und dem Handlungsrahmen unterschieden. Zur definitiven Festlegung des darauf aufbauenden Entwurfs des Regionalplans soll eine gemischte Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Staates und der Gemeinden, eingesetzt werden. In der Konsultationsphase wird jede Gemeinde, nach der gemeinsamen Erarbeitung, einzeln mit dem Entwurf befasst werden, ehe die Prozedur in den nationalen Beratungsorganen (CIAT, CSAT), der Abgeordnetenkammer und dem Regierungsrat weiterlaufen wird. Für die Umsetzung sieht das Gesetz die Möglichkeit eines regionalen Syndikates vor.

Die hier grob geschilderte formelle Prozedur soll, unabhängig von den Vorgaben des Gesetzes, durch einen informellen Prozess ergänzt werden. Dieser soll dazu dienen, die Diskussionen zur Regionalentwicklung zu erweitern, um dadurch zusätzliche Ideen zu gewinnen, die dann in die formelle Prozedur einfließen können.

Für den informellen Prozess stellen sich demnach drei grundsätzliche Fragen:

- Welche Inhalte sollen der formellen Prozedur mit auf den Weg gegeben werden ?
- Welche Massnahmen sind hierfür vorzusehen bezüglich Struktur, Finanzen und Humanressourcen ?
- Welche Rolle soll er im Laufe der Entwicklung des Regionalplanes einnehmen ?

Am Abend dieser ersten Regionalkonferenz liegen möglicherweise bereits erste Schlussfolgerungen zu diesen Fragen vor.

Aufgrund der bestehenden Ausgangslage in der Region sind die potentiellen Handlungsansätze logischerweise sehr vielfältig. Dabei sind im wesentlichen die Defizite innerhalb der Region zu verbessern, wobei die folgenden Bereiche hervorzuheben sind:

- negatives Image der Region aufgrund der industriellen Vergangenheit,
- Zentralitätsverlust,
- hoher Anteil an Pendler,
- starke Zersiedlung (Beeinträchtigung des Raumes zwischen der Südregion und der Zentrumsregion),

- Unterentwicklung verschiedener Aktivitäten,
- zur Zeit nur punktuelle Kooperation.

Die spezifische Chance der Südregion besteht heute in der Freigabe von 500 Hektar Industriebrachen. Die bisherigen Untersuchungen des GIE-ERSID haben das hohe Potential dieser Flächen (Wohnungsbau, Industrie, Kultur, Umwelt) verdeutlicht.

Vor diesem Hintergrund sollen die Arbeitsgruppen während der Regionalkonferenz Denkanstöße für die Entwicklung der Region entwerfen. Davon wird sicherlich nicht alles direkt umsetzbar sein. Aus diesem Grunde wird es wichtig sein, nicht alles miteinander anzugehen, sondern auch Prioritäten zu setzen. Es sind Projekte zu entwickeln, die bereits in einem akzeptablen Zeitraum erste Resultate produzieren können. Die Arbeitsgruppen haben also den Auftrag, Inputs für die inhaltliche Gestaltung des Regionalplans und der Regionalentwicklung im Rahmen der Zusammenarbeit Staat-und Gemeinden zu liefern.

Bezüglich der Zusammenarbeit Staat-Gemeinde wird eine partnerschaftliche Beziehung angestrebt, die im wesentlichen von den Gemeinden mitgetragen werden muss. Es handelt sich dabei um eine freiwillige Zusammenarbeit, bei der das Resultat stark vom Engagement, auch finanziell, der Gemeinden abhängen wird. Die Arbeiten müssen von den Gemeinden aufgenommen und weitergetrieben werden. In diesem Zusammenhang müssen sich die Gemeinden überlegen, welche Elemente sie in die regionalen Konzepte hineinragen möchten.

Die Rolle des Staates wird sich im Laufe dieser Zusammenarbeit ändern. Ist er am Anfang noch stark in die Ausarbeitung impliziert, so zieht er sich im Laufe der Zeit immer mehr zurück, damit hauptsächlich auch die Gemeinden sich für seine Umsetzung einsetzen müssen. Der Staat steht in dieser Phase noch als Berater zu Verfügung und wird auch finanzielle Kredite für die regionale Zusammenarbeit vorsehen müssen. Die Umsetzung des Regionalplanes wird demnach sehr stark vom Willen der Gemeinden abhängen.

Eine weitere wichtige Diskussion betrifft die Struktur der Zusammenarbeit der Gemeinden. Der Ball hierfür liegt bei den Gemeinden. In diesem Jahr wurde das ORESUD, auf Basis einer eher provisorischen Struktur, geschaffen. Die Frage zur Form seiner Weiterführung wird sich in nächster Zukunft stellen. Aus Sicht des Ministeriums ist das für die Umsetzung des Regionalplanes vorgeschlagene regionale Syndikat hierzu am besten geeignet. Aus diesem Grunde wäre es jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt notwendig, ein solches Syndikat aufzubauen. Dieses Vorgehen würde es weiterhin ermöglichen, den notwendigen Parallelismus innerhalb der Regionalentwicklung zu vertiefen, der einerseits die Initiierung von konkreten Projekten und andererseits die Ausarbeitung des Regionalplanes beinhaltet.

Insgesamt betrachtet ist der Regionalplan eine Chance für die Entwicklung der Südregion. Er soll dazu beitragen, eingetretene Wege zu verlassen und neue zu finden. Sein Erfolg wird massgeblich von einem gesunden Gleichgewicht zwischen den bestehenden Ambitionen und dem notwendigen Realitätsbezug abhängen.

2.2 Erwartungen, Prioritäten, Ideen aus Sicht der Gemeinden

Zusammenfassung der Reden der Sprecher der Südgemeinden Mars di Bartolomeo (Bürgermeister von Düdelingen) und Fred Sunnen (Bürgermeister von Sanem)

Berichterstattung: Nicole Skirde (Büro Zilm)

Der Zug rollt – die Gemeinden müssen jetzt die Weichen stellen (Mars di Bartolomeo)

Übereinstimmend mit den Aussagen vom Innenminister sind die Gemeinden aufgefordert, in der Diskussion zum Regionalplan Süden die Führungsrolle zu übernehmen. In diesem Sinne soll die Regionalkonferenz als Forum für eine positive 'Konfrontation' und für einen konstruktiven Austausch mit dem Minister genutzt werden. Die möglichen anzusprechenden Themenfelder sind sehr vielfältig und die Stärken-Schwächen-Analyse liefert hierfür gute Ansatzpunkte.

Als Stärken der Region werden beispielsweise

- die gute räumliche Lage,
- die Potentiale einer alten Industrieregion,
- die Qualitäten der Natur,
- und das Arbeitnehmerpotential bezeichnet.

Demgegenüber stehen eine Reihe von regionalen Schwächen, d.h. Bereiche in denen ein gewisser Handlungsbedarf besteht :

- der tertiäre Sektor ist unterrepräsentiert,
- die Arbeitsplätze befinden sich nicht bei den Arbeitnehmer; der Wohncharakter der Gemeinden nimmt unter dem Einfluss der Hauptstadt zu,
- die Bevölkerung im Süden wächst, so dass die Infrastrukturen quantitativ und qualitativ an die demographische Entwicklung angepasst werden müssen,
- die Anpassung der Infrastrukturen ist auch im Zusammenhang mit der weiteren ökonomischen Entwicklung unabdingbar,
- der Bildungsstand ist in der Region Süden im Vergleich zum ganzen Land unterdurchschnittlich; es gibt relativ betrachtet weniger Akademiker in der Südregion.

Aufgrund der insgesamt identifizierten Potentiale der Region bestehen durchaus die Möglichkeiten, die bestehenden Schwächen zu beheben. Es gilt die notwendigen Prämissen hierfür zu schaffen. Dabei müssen sich die Gemeinden die richtigen Argumente geben und eine selbstbewusste Haltung entwickeln. In diesem Sinne sind die Gemeinden bereit, die Lead-Rolle zu übernehmen. Sie wünschen sich in diesem Zusammenhang, dass die im Gesetz vorgesehene Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Gemeinden und der betroffenen Ministerien und Verwaltungen, so bald als möglich eingesetzt werden kann. Um als Region effektiv arbeiten zu können, müssen entsprechend geeignete Strukturen geschaffen werden. Diese werden aus Sicht der Gemeinde sowohl Rechte als auch Pflichten haben.

Die vom Minister angesprochene Notwendigkeit des finanziellen Engagements der Gemeinden wird demnach auch grundsätzlich anerkannt. Allerdings muss für der Gemeinden auf Dauer ersichtlich werden, dass dadurch eine Möglichkeit besteht, ihre Interessen als Region zu unterstützen und zu stärken.

Eine wichtige Voraussetzung ist in diesem Zusammenhang eine gesunde Finanzsituation in den Gemeinden selbst. Demnach ist dafür zu sorgen, dass im Rahmen der geplanten Gewerbesteuerreform die finanziellen Mittel der Gemeinden auch in Zukunft gesichert sind. Aus diesem Grunde ist in Zukunft auch eine Diskussion über die Aufgabenteilung Staat-Gemeinden unerlässlich.

Aus Sicht der Gemeinden sind zusätzlich auch weitere Erwartungen an den Staat im Hinblick auf die Prioritätensetzung zu formulieren. An erster Stelle steht dabei die Dezentralisierungspolitik aus nationaler Sicht, dies sowohl in den Bereichen der Tourismus- und Sportinfrastrukturen, als auch im Zusammenhang mit dem Spitalplan. Weiterhin gilt es die bestehenden städtischen Zentren zu stärken und dafür zu sorgen, dass bezüglich der Industriebranchen nicht eine zu enge Diskussion geführt wird. Alle Gemeinden sind in die Industriebranchendiskussion einzubeziehen, auch die die jetzt noch nicht dabei sind.

Die Gemeinden sind aufgefordert, sich zu diesen Themen zu äussern. Sie befürworten einen dynamischen Ansatz, um das vorhandene Potential besser zu nutzen und so einen Mehrwert zu schaffen. Eine reaktive Haltung der Gemeinden wäre in diesem Zusammenhang nicht richtig. In diesem Sinne soll während der Regionalkonferenz eine wertvolle Arbeit geleistet werden.

Zusammenfassung der Rede von Herrn Sunnen, Bürgermeister von Sassenheim

Mit dem Gesetz vom 21 Mai 1999 zur Landesplanung wurde ein Instrument geschaffen, das die Entwicklung des Landes, seine Flächennutzung sowie die Lebensqualität der Einwohner im Einklang mit den Eigenarten der Ressourcen in den einzelnen Regionen behandelt. Durch die Erstellung des „Programme Directeur“ wurden Ziele und Richtlinien definiert, die in den einzelnen Regionen mittels Regionalpläne konkret umgesetzt werden. Die Regionalkonferenz macht den Auftakt, um den Regionalplan Süden zu entwickeln. Dabei soll eine Strategie entstehen, um die Zukunft der Region zu gestalten.

Ein Regionalplan kann nicht von Ministerien diktiert oder vorgeschrieben werden, sondern entsteht erst durch die Initiative und Mithilfe jeder einzelnen Gemeinde. Die Gemeinden sind gefordert, diesen so zu gestalten, dass die Identifikation der Einwohner mit der Region klar zum Ausdruck kommt. Das Innenministerium wird diesen Prozeß begleiten, ohne seine Ideen aufzudrängen.

In diesem Zusammenhang ist ein Umdenken gefordert. Es wird darum gehen, zu überlegen, welche regionalen Strukturen zu schaffen sind, damit die Südregion zu einem Anziehungspunkt wird, der sich nicht hinter dem Zentrum verstecken muss. Dabei geht es keinesfalls darum, den Gemeinden ihre Eigenständigkeit wegzunehmen, sie blind zusammenzubinden oder Strukturen aufzudrängen, die keiner braucht noch haben möchte. Die Regionalkonferenz ist deswegen symptomatisch und richtungsweisend. Alle sitzen in einem Boot und definieren gemeinsam die Richtung.

Um das Partnerariat Staat-Gemeinde zu unterstreichen, sollen Arbeitsgruppen mit Vertretern aus Ministerien, Verwaltungen und den betroffenen Gemeinden eingerichtet werden, um gemeinsame Projekte zu erarbeiten. Wenn einzelne Schöffen- oder Gemeinderäte sich desinteressieren besteht die Gefahr, dass schlussendlich ein Regionalplan erstellt wird, ohne

dass alle Gemeinden ihre Ansichten einfließen lassen konnten, was zu bedauern wäre. Es besteht also ein Eigeninteresse aktiv mitzuarbeiten.

Die folgenden Themen werden sicherlich Aufgabenschwerpunkte für den Regionalplan darstellen, wobei die Siedlungspolitik an erster Stelle steht. Dabei sind die zunehmende Zersiedlung und die oftmals fehlenden Reserveflächen für öffentliche Nutzungen (Spielplätze, Schulen,...) wichtige Probleme.

Eine besondere Bedeutung kommt der Schaffung von Wohnraum zu. In diesem Zusammenhang muß die Region sich die Frage stellen, ob man in die in den nächsten 10 Jahren benötigten 8.000 Wohnungen in der Südregion überhaupt schaffen will. Können die öffentlichen Infrastrukturen auch dementsprechend vergrößert werden? Eine wichtige Zielsetzung ist, den Leuten in der Region auch entsprechende Arbeitsplätze anzubieten. Das prognostizierte Bevölkerungswachstum erfordert neben der Schaffung einer entsprechenden Zahl von Arbeitsplätzen insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen auch die Anpassung öffentlicher Infrastrukturen. Um regionale Infrastrukturen gleichmäßiger zu verteilen, werden drei Raumzonen vorgeschlagen (Dudelange-Bettembourg-Kayl-Rumelange; Esch-Sassenheim-Monnerich-Schifflingen; Differdange-Pétange-Bascharage-Clemency).

Weiterhin sind die Ortschaften als Wohn-, Handels- und Kulturstandort zu erhalten. Bestehende Grünpläne, PAG's und Gemeindeentwicklungspläne müssen in die Regionalplanung einfließen. Es ist mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass die Gemeinden nicht weiter zu Schlafgemeinden reduziert werden. In diesem Zusammenhang müssen auch der motorisierte Individualverkehr reduziert, Verkehrsberuhigungen eingerichtet und das Radwegenetz ausgebaut werden.

Als Ausgleich in einer stark industrialisierten Region ist eine intakte Umwelt besonders wichtig. Die Wasserqualität in den Flüssen ist miserabel. Um die Qualität der Alzette zu verbessern, muß mit Verantwortlichen auf französischem Gebiet zusammengearbeitet werden. Auf den Industriebrachen ist die Altlastenfrage nach wie vor ungeklärt; diese wird jedoch einen erheblichen Einfluss auf den Preis des Terrains haben. Die Abfallverwertung und-entsorgung spielen auch eine wichtige Rolle im Rahmen des Regionalplanes. Eine Koordination und spätere Zusammenlegung der verschiedenen Syndikate wird notwendig sein, um zu einem regionalen Abfallwirtschaftskonzept zu kommen, das auch die Müllvermeidung zum Thema haben soll.

Die Landwirtschaft hat auch eine Existenzberechtigung in der Südregion, obwohl sie hier zahlenmässig von geringerer Bedeutung ist (96 Betriebe, 1.900 ha Ackerland, 1.600 ha Weideflächen). Die Landwirtschaft darf aus dem zukünftigen Bild der Minette nicht verschwinden.

Wenn die TGV-Zentrale (Gasturbinenkraftwerk) Realität wird, müssen sich die Gemeinden beim Staat dafür einsetzen und Hilfe beantragen, um die Rentabilität eines Fernwärmenetzes zu untersuchen.

Im Zusammenhang mit der Minetteregion wird oft nicht an die ökologisch wertvollen Gebiete gedacht, welche mittels Gesetz zu schützen sind. Die Naturschutzvereinigungen treten zurecht dafür ein, dass ein regionaler Landschaftsplan erstellt werden muss. Um einen Ausgleich für langjährige Eingriffe in die Natur zu schaffen, sollte eine Art Ökokonto ins Leben gerufen werden.

Neben den ökologisch wertvollen Zonen braucht die Minette auch Naherholungsinfrastrukturen. Es lohnt sich allerdings das natur- und kulturhistorische Potential besser herauszustellen. Ein regionales Konzept, ein gemeinsames Logo sollten in der Zukunft die Geschichte, die Industriedenkmäler und die Natur besser hervorheben. Der Titelberg, das Fonds de Gras, das Bergarbeiterdorf Lasauvage, die Hochöfen auf Belval, das Grubenmuseum in Rümelingen etc sind gute Beispiele, welche zeigen, dass es sich lohnt diese Werte der Jugend zu erhalten. Leider fehlt eine Infrastruktur, um der Jugend dies vor Ort zu dokumentieren. Weder eine Jugendherberge noch eine andere Infrastruktur besteht in der Region. Über die Art einer solchen Infrastruktur und ihren Standort sollte so schnell wie möglich mit dem Staat nachgedacht werden.

Neben dem ORESUD bietet diese Regionalkonferenz die Möglichkeit einen ersten Baustein für die Regionalplanung Süden zu setzen. Sie soll einen gemeinsamen Rahmen liefern in dem man sich in Zukunft bewegen will. Die Chance eine Region mit Modellcharakter zu schaffen, darf nicht verpaßt werden.

2.3 Rahmendiskussion

Berichterstattung: Sonja Fandel (Zeyen+Baumann)

(im Anschluß an die Interventionen des Ministers M. Wolter und der Bürgermeister M. di Bartolomeo, F. Sunnen)

M. Wolter (Innenminister):

Erste konkrete Ansätze (in Bezug auf den historischen Rückblick der Entwicklung im Bereich der Landes- und Regionalplanung), sowie eine prinzipielle Übereinstimmung der zuständigen Ministerien und der betroffenen Gemeinden sind vorhanden. Die Erfüllung dieser Ideen und Erwartungen bleibt zu diskutieren.

A. Hoffmann (Gemeinderat in Esch):

A.H. begrüsst die heutige Initiative und daß die Gemeinden in die Diskussion mit einbezogen werden. Die Landes- und Regionalplanung hat zurecht einen wichtigen Stellenwert, bedauert wird allerdings, daß es kein eigenständiges Landesplanungsministerium mehr gibt.

Es ist bereits 15 Jahre her, seit die ersten Diskussionen um einem Regionalplan geführt wurden, seither ist allerdings noch nicht viel in diese Richtung passiert, ebenso wird seit 20-30 Jahren über Dezentralisierung geredet ohne konkrete Maßnahmen folgen zu lassen (im Gegenteil, die politische und planerische Realität läuft in entgegengesetzte Richtung!). Es bietet sich also an, neben der Stärken-Schwächen-Analyse auch eine "Fehler-Analyse" durchzuführen.

Oft gehen realisierte Projekte (im Sinne von Gemeinde- und/oder Regionalentwicklung) nicht auf die Initiative von Staat oder Gemeinden zurück, sondern sind dem Engagement von Privatinitiativen zu verdanken (siehe Kulturfabrik Esch).

Neben den bestehenden Bebauungsplänen (P.A.G.) sind deshalb Gemeindeentwicklungspläne durchzuführen und zwecks besserer Umsetzung dieser Pläne ist eine legislative Basis für diese zu schaffen. Es ist leider verpasst worden dies, im Rahmen der Reform, im Gesetz von "1937" zu verankern.

Laut Landesplanungsministerium ist Esch ein "zentraler Ort" (mit einem Einzugsgebiet von ca. 100.000 Leuten), die Finanzlage wird aber proportional zur Bevölkerung berechnet, so daß Subventionen und anderer Finanzmittel oft nicht ausreichen, um der Funktion als "zentraler Ort" gerecht zu werden.

Im Bereich öffentlicher Personennahverkehr wird derzeit die BTB-Diskussion vor allem in und um die Stadt Luxemburg geführt, dabei betrifft nur ein Bruchteil des Verkehrskonzeptes die Stadt Luxemburg, während die anderen betroffenen Regionen und Städte zu wenig berücksichtigt werden. Die Region Süden muß hier verstärkt mitreden und die Gelegenheit nutzen, dem BTB eine regionale, interregionale (künstliche Abgrenzung der Region Süden) und transnationale (grenzüberschreitende) Rolle zukommen zu lassen.

Weiterhin muß grenzüberschreitend geplant werden, so z.B. reicht das Gelände der "Terre Rouge" bis nach Frankreich hinein.

Die einzelnen Viertel der Stadt Esch müssen aufgewertet werden, wobei es nicht bei Planungen und leeren Versprechungen bleiben darf. In der Realität wird sogar gegen diese Ideen gearbeitet wird (z.B. Aufgabe einer Filiale der Staatsbank in einem Wohnviertel der Stadt Esch).

Die Industriebrachen müssen von einer öffentlichen Gesellschaft verwaltet werden, damit es zu einer demokratischen Nutzungsplanung der Gebiete kommen kann. Dabei darf die ARBED die Flächen nicht möglichst gewinnbringend frei verkaufen, sondern sollte die Unkosten der Sanierung und Revalorisierung voll tragen.

Poos (Rodange - P.E.D):

Bei der Entwicklung und Realisierung des "Pôle européen de développement" in Rodange wurden im Laufe der Zeit wertvolle Erfahrungen (national, regional und grenzüberschreitend) gesammelt. Diese gilt es zu analysieren (Problem-Analyse, Stärken-Schwächen-Analyse) um daraus zu lernen und ähnliche Fehler und Probleme in der Regionalplanung Süden zu vermeiden.

M. Zanussi (Schöffe in Dudelange):

Die Region Süden hat Probleme (z.B. im Bereich Transport/Verkehr), die nicht auf rein regionaler Ebene und ohne den Staat zu lösen sind. Im Arbeitspapier des Innenministeriums werden zwar verschiedene Lösungsansätze gebracht, doch bei der Umsetzung fehlt es an Initiativen und Chancen werden verpasst (z.B. fehlende Investitionen im Bereich Verlagerung des Gütertransportes auf die Schiene).

So werden zum Beispiel im plan directeur der CFL Lösungen und der Streckenausbau im Bereich öffentlicher Personennahverkehr und Güterverkehr angeboten. Mangelnde regionale und nationale Koordination verhindern aber anscheinend günstige Lösungen und Planungen des Auslandes (Umfahrungsstrecke von Belgien nach Frankreich).

F. Hippert (jeunesse socialiste):

(Zustimmung zu den Erläuterungen von A. Hoffmann)

Jugendliche sollten verstärkt in die Diskussionen um Regionalentwicklung eingebunden werden (Jugend von heute = Verantwortliche von morgen). Als Mittel hierzu eignen sich besonders die Sekundar-Schulen : in verschiedenen Unterrichtsfächern wie z.B. Geographie,

Wirtschaftswissenschaften, Kunst und Kultur, ... sollten die Themen der Regionalplanung erläutert und diskutiert werden, um so "für die Zukunft planen" zu können.

P. Eschenauer (Objectif Plein Emploi):

Die regionale Entwicklung (insbesondere auch die regionale Arbeitsmarktpolitik) darf nicht ausschließlich auf politischer Ebene diskutiert werden. In einem größeren Rahmen (zusammen mit Gewerkschaften, Vertretern sämtlicher "forces vives", Vertreter aus der Wirtschaft, ...) müssen neue Instrumente der Diskussion und Umsetzung regionaler Belange gefunden werden.

Sogenannte "agent de développement (régional)" könnten mit dem notwendigen "Know-How" die Arbeiten die im Augenblick noch zu Lasten der Gemeinden gehen durchführen und die Koordination zwischen den einzelnen Handlungsträgern sicherstellen, damit konkrete Maßnahmen schneller und effizienter durchgeführt werden.

G. Linster (agent culturel – fondation bassin minier):

Kultur wird als Entwicklungszweig des Tourismus gesehen, es handelt sich hierbei aber um mehr als einen reinen Wirtschaftsfaktor. Kultur ist wichtig für die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Region und somit ist die Kultur ein entscheidender Faktor in der Regionalentwicklung. Der "plan de développement culturel" wird in der neuen Regierungserklärung nicht mehr aufgegriffen. Zwar steht im Bereich Kultur Infrastruktur zur Verfügung (z.B. Bau von Kulturzentren) – aber hier sollte nicht nur Tischtennis gespielt werden, sondern diese Infrastruktur müsste auch mit "Inhalten/Leben" erfüllt werden.

C. Wehenkel (technoport Schlassgoart)

"Recherche de l'identité" der Region Süden und auch innerhalb der Gemeinden, letztere sollten hier die Initiative ergreifen; heute wird ein erster Schritt in diese Richtung getan! Im Gegensatz zu den französischen haben unsere Gemeinden leider keine Kompetenz im Wirtschaftsbereich (Bsp. Gemeinde Thionville oder auch in Metz).

C. Gengler (Privatwirtschaft):

Im Rahmen der Regionalplanung hat auch die Privatwirtschaft einen wichtigen Stellenwert; je nachdem was?, wo? und wie? ein Betrieb arbeitet greift er direkt oder indirekt in die Prozesse der Raumplanung ein und kann so seinen Beitrag zum Image der Region beitragen.

A. Jaerling (ADR):

Die Gewerkschaften müssen stärker in den Prozess der Raumplanung eingebunden werden. Der kommunale und parteipolitische Protektionismus ist die Quelle von Fehlentwicklungen: so findet z.B. keine Anpassung der Organisation (zeitliche und räumliche Verteilung) des öffentlichen Personennahverkehrs an die räumliche Verteilung von Industriebetrieben (Lage von Industriezonen) sowie an die jeweiligen Arbeitszeiten statt (vom Arbeitnehmer wird (zeitliche) Flexibilität verlangt, seitens der öffentlich zuständigen Stellen werden aber keine Anstrengungen bezüglich der Beseitigung der Probleme im öffentlichen Transport unternommen).

3. Vorstellung des Arbeitspapiers des Innenministeriums im Plenum

Zeit: 11.20 – 12.00 Uhr

Zusammenfassung des Vortrages von Frau Scholtes, Regierungsrätin erster Klasse im Innenministerium

Berichterstattung: Philippe Peters (Innenministerium, Landesplanung)

Das Arbeitspapier des Ministeriums soll eine Diskussionsgrundlage für die Regionalkonferenz darstellen. Es versteht sich als Ergänzung des neuen Landesplanungsgesetzes vom 21. Mai 1999, des Entwurfes zum "Programme Directeur" der Landesplanung, welcher anfangs 2000 in die offizielle Konsultation geht, und der Stärken - Schwächen Analyse aus dem Jahre 1998. Die angesprochenen Unterlagen befinden sich zusätzlich zu den Erläuterungen zur Zielsetzung und Entwicklung des Regionalplanes in der Dokumentationsmappe der Regionalkonferenz. Die Vorarbeiten zum neuen Gesetz, zum "Programme Directeur" und zum Regionalplan Süden wurden parallel durchgeführt, um die nötige Komplementarität zu erhalten. Auf dieser Basis will die Landesplanung auch die Komplementarität der sektoriellen Pläne (Transport, Wohnungswesen, Lyzeen, usw), sicherstellen. Dies ist der Rahmen, in dem das Arbeitspapier gesehen werden muß.

Die Erstellung des Arbeitspapiers war nicht die einzige Leistung des Ministeriums im Vorfeld der Regionalkonferenz. Eine vom Ministerium beauftragte multidisziplinär besetzte Bürogemeinschaft (Oeko-Bureau, Trafico, Taurus, Zeyen&Baumann, Zilm) sollte die Regionalkonferenz inhaltlich mit vorbereiten. Die Bürogemeinschaft hat dem Ministerium das Basismaterial für das Arbeitspapier zusammengestellt, die entsprechenden wichtigsten raumbezogenen Aussagen auf vier Karten dargestellt und Interviews mit wichtigen regionalen Akteuren über die Regionalentwicklung geführt. Weiterhin wird die Bürogemeinschaft die Moderation in den Arbeitsgruppen sicherstellen und die Ergebnisse dokumentieren.

Das Arbeitspapier konzentriert sich auf die regionale Ebene und die raumwirksamen Bereiche der Regionalentwicklung. Es stellt einen Baustein zur Entwicklung des definitiven Orientierungsrahmens des Regionalplans dar, welcher Schwerpunkte, Lösungssätze, Anforderungen und Perspektiven der Regionalentwicklung enthalten soll. Die Gliederung des Arbeitspapiers hebt bereits wichtige Eckpunkte eines solchen Orientierungsrahmens hervor. In der Einleitung sind die wichtigsten Herausforderungen der Südregion dargestellt. In der Folge werden zwei übergeordnete Themen vorgestellt: die interkommunale Kooperation und eine neue regionale Identität. Anschliessend werden, aufbauend auf der Struktur des „Programme Directeur“ die drei Handlungsfelder Siedlung, Verkehr und Umwelt, aufgegriffen. Der Bereich "Kultur, Tourismus und Naherholung" hat sich im Laufe der Vorarbeiten als wichtig erwiesen. Ihm wird ein eigenes Kapitel gewidmet.

Da die Vorredner bereits ausgiebig auf die Herausforderungen und die übergeordnete Themen eingegangen sind, werden in der Folge nur das grundlegende Ziel der dezentralen Konzentration und einige ausgewählte Zielsetzungen, als Rahmen für die Diskussionen, vorgestellt.

Das Thema der dezentralen Konzentration baut auf der Einteilung des Landes in Regionen⁴ und der Definition von Zentren innerhalb dieser Regionen auf. Die angesprochenen Zentren sollen im Hinblick einer Entlastung der Stadt Luxemburg stärker als bisher bestimmte Funktionen im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich übernehmen. Die Gesamtheit der Zentren bildet ein hierarchisch gegliedertes Netz, das sogenannte "System der zentralen Orte".

⁴ Der Entwurf zum "Programme Directeur" definiert sechs Planungsregionen, davon eine Südregion.

Für die Südregion wurde Esch als Mittelzentrum und Differdingen sowie Düdelingen als ergänzende regionale Zentren definiert. Die folgenden Zielvorstellungen in den Bereichen **Siedlung, Verkehr und Umwelt** tragen dazu bei, das Leitbild der dezentralen Konzentration zu vertiefen.

Die **Siedlungsentwicklung** ist im wesentlichen durch einen starken Bevölkerungsdruck charakterisiert (+ 19000 Einwohner bis 2010 bei aktueller Entwicklung). Ein hoher Zersiedlungsgrad kennzeichnet die peripheren Gebiete. In der Hauptagglomeration ist stellenweise ein Verlust an Lebensqualität festzustellen. Die Rekonversion der Industriebrachen bietet neue Ansätze zur Umorientierung der Siedlungs- und Flächennutzungspolitik im Süden, welche auf den folgenden Oberzielen aufbauen soll.

Der „*Erhalt und die Weiterentwicklung einer ausgeglichenen und polyzentrischen Stadtstruktur*“ strebt eine komplementäre Entwicklung der Zentren in der Region an. Das bereits erwähnte System der zentralen Orte ist auf der Ebene der Region als Grundlage für die Orientierung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung zu verfeinern. Die wichtigen städtischen Zentren sind bewußt durch Dezentralisierung zu stärken (Beispiele CRP, CEPS). Im Zusammenhang mit der Siedlungsstruktur ist aus wirtschaftlicher Sicht die „*Schaffung und Erhalt einer dynamischen, attraktiven und wettbewerbsfähigen Region*“ als Ziel formuliert. Dieses ist über verschiedene Massnahmenbündel zu vertiefen, welche unter anderem eine Stärkung der regionalen Standortqualitäten, die Entwicklung eines entsprechenden Flächenmanagements, die Optimierung der bestehenden Zonen sowie eine innovative Nutzung der Industriebrachen in Abstimmung mit den anderen Flächenansprüchen beinhalten.

Aus der Perspektive einer schonenden Bodennutzung lautet die Zielsetzung „*Entwicklung einer umweltverträglichen städtischen Struktur im Rahmen einer nachhaltigen Raumentwicklung*“. In diesem Rahmen ist eine Verdichtung der Stadtstrukturen unter anderem durch Nachverdichtung und Schliessung der Baugebiete, durch eine gezielte Stadterneuerung und eine flächen- und energiesparende Bauland- und Stadtentwicklungspolitik zu vertiefen. Die soziale Dimension muss in diese Überlegungen durch die Zielsetzung der „*Schaffung von sozialverträglichen Siedlungen mit hoher Lebensqualität*“ einbezogen werden. Darunter ist unter anderem die Verbesserung der Siedlungs- und Wohnqualität durch innovative Pilotprojekte (dichtes Bauen, Erhalt interessanter Räume für den Aufenthalt,...) zu sehen.

Intensiv mit der Siedlungsstruktur verflochten ist der **Verkehrsbereich**. Hier ist die enorme Verkehrszunahme hervorzuheben. Innerhalb der Region bestehen intensive Verkehrsverflechtungen, wobei die äusseren Zonen wenig miteinander zu tun haben und Esch als Mittelzentrum bestätigt wird. Von Bedeutung ist ebenfalls der unterschiedlich hohe, insgesamt für eine städtische Region jedoch relativ niedrige Anteil von öffentlichen Verkehrsmitteln.

Als erstes Ziel im Bereich Verkehr wird die „*Entwicklung eines umweltfreundlichen Verkehrssystems, das eine angemessene Erreichbarkeit garantiert und die Umsetzung einer nachhaltigen Siedlungsstruktur unterstützt*“ definiert. Dieses grundlegende Ziel soll die Verbindung zwischen Verkehrsplanung, im speziellen dem öffentlichen Transport, und Raumentwicklung herstellen (regionaler Verkehrsleitplan). In diesem Zusammenhang soll auch die Komplementarität zum bereits erwähnten sektoriellen Plan Transport hergestellt werden.

Die „*Steigerung des Marktanteils und der Attraktivität öffentlicher Verkehrsmittel*“ ist als zweites Ziel ergänzend zum ersten zu betrachten. Hierzu ist mittel- und längerfristig die

Schieneinfrastruktur anzupassen (Lux-Esch, Ausbau Petingen, Zulauf TGV, ...), das ÖV-Angebot flächendeckend auszubauen und qualitativ zu verbessern, Park & Ride und Bike & Ride-Möglichkeiten unter Berücksichtigung der Grenzgänger zu schaffen sowie das regionale Fahrradwegenetz zu verdichten. In diesem Zusammenhang ist auch die *"Sicherung und Verbesserung der Erreichbarkeit aller Standorte"* zu betrachten. Die Standortpolitik von verkehrsintensiven Infrastrukturen ist prioritär mit dem öffentlichen Verkehr zu verknüpfen, speziell auch im Zuge der Branchenrevitalisierung.

Die Region weist eine unterschiedliche Umweltqualität auf. Einerseits besteht eine Belastung der **Umwelt** (Gewässer, Altlasten, hoher Zerschneidungsgrad), andererseits ist noch ein hohes Naturraumpotential vorhanden (Tagebaugebiete, Wälder, landwirtschaftliche Kulturlandschaft). Die Zielsetzung *„Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung der ökologischen Funktionen der Naturräume“* trägt dieser unterschiedlichen Ausgangslage Rechnung. Im Mittelpunkt dabei stehen der Erhalt des Wasserpotentials und der Bodenqualität (unversiegelte Flächen, landwirtschaftlich wertvolle Böden) sowie auch die Luftqualität auf die die Raumplanung durch die Bewahrung von Frischluftgebieten- und Schneisen Einfluss nehmen kann.

Im Rahmen der *„Sicherung einer nachhaltigen Nutzung des Bodens und der natürlichen Ressourcen“* ist im wesentlichen an die Anpassung der geplanten Flächenentwicklung an bestehende Risikozonen gedacht worden. In Mittelpunkt dabei stehen die Überschwemmungen und die Problematik der Bodenverseuchung. Die *„Integration der ökologisch wertvollen Gebiete in ein Biotopverbundsystem“* ist ein drittes Ziel. Durch die Vernetzung der Naturräume untereinander soll die ökologische Funktionsfähigkeit der Landschaft gestärkt werden.

Auf den Bereich *„Kultur, Tourismus und Naherholung“* wurde aus Zeitgründen nicht mehr eingegangen.

Diskussion nach der Vorstellung des Arbeitspapiers durch Frau Scholtes (Innenministerium)

Berichterstattung: Florian Hans (Oeko-Bureau)

Herr Retter, Monnerich:

Vor dem Hintergrund der steigenden Bevölkerungszahlen stellt er den Gegensatz heraus zwischen dem von den Menschen geforderten Anspruch auf Lebensqualität in der Südregion und dem dazu notwendigen Wirtschaftswachstum. Schließlich ist mit Wirtschaftswachstum die Ansiedlung von neuen Firmen verbunden. Diese Firmenansiedlungen sowie der ständig zunehmende Bedarf an Wohngebieten, verursachen einen hohen Flächenverbrauch, woraus Landschaftsverbrauch resultiert (und Verlust von Lebensqualität).

Maryse Scholtes (Innenministerium):

Das Ziel der Landesplanung ist es, überall im Land gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Dies bedeutet nicht automatisch ein höheres Wirtschaftspotential. Es gibt im Programme Directeur keine differenzierten Aussagen zu den unterschiedlichen Regionen. (Daher differenzierte Betrachtung der Südregion).

Die Siedlungsentwicklung im Süden, so wie vom STATEC prognostiziert und die Betrachtung des noch verbleibenden Baulandes erfordert als Konsequenz eine verdichtete Bauweise.

Claude Gengler (BGL):

Die Raumplanung selbst kann keine Lösungen geben. Die Raumplanung ist eher als querschnittsorientiertes Planungsinstrument zu verstehen. Es ist wichtig, den Raum rationell zu nutzen. Alle beteiligten Gruppen sollten sich an den Zielen der Raumordnung orientieren.

4. Berichte aus den Arbeitsgruppen

Zeit: 13.30 – 17.00 Uhr

4.1 Arbeitsgruppe 1: Mehr Wohnqualität durch eine koordinierte Siedlungsentwicklung

Moderation und Berichterstattung: Gert Zilm (Büro Zilm)
Florian Hans (Oeko-Bureau)

Teilnehmerliste: s. Anhang

4.1.1 Einleitendes Statement mit den Leitideen und Entwicklungszielen

Nach allgemeinen Erläuterungen des geplanten Ablaufs der Arbeitsgruppensitzung wurde das Arbeitspapier des Innenministeriums mit seinen das Arbeitsgruppenthema betreffenden Aussagen unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Interviews mit den Akteuren vorgestellt.

Die Leitsätze des Arbeitspapiers zum Thema Siedlungsentwicklung wurden dabei erläutert und zur Diskussion gestellt. Es wurden im einzelnen die folgenden Leitsätze, Maßnahmenvorschläge und Lösungsansätze vorgestellt und zum Teil erörtert:

- Aufbau eines regionalen Syndikats und einer regionalen Planungsgemeinschaft
- Beeinflussung der Standortwahl privater Unternehmen durch Ansiedlung staatlicher bzw. öffentlicher Einrichtungen
- Erhalt einer angemessenen Ausstattung in der gesamten Region
- Orientierung der Verteilung der heutigen und zukünftigen Wohnbevölkerung am Zentrale Orte System
- Stärkung der städtischen Zentren und ihrer Aktivitäten
- Förderung der Vielfalt und der Mischung der städtischen Funktionen
- Erhalt der polyzentrischen Stadtstruktur nach dem Prinzip der dezentralen Konzentration
- Stärkung der Standortqualitäten in der Region
- Regionales Flächenmanagement
- Gewerbeflächenkataster
- Baulückenkataster
- Rückzonung
- Förderung dichter Stadtstrukturen durch eine auf die Siedlungskerne ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik
- Übernahme der Planungsinitiative durch die Gemeinden
- Erstellung des Regionalplanes
- Baulückenschließung und Nachverdichtung
- Stadterneuerung vor Neubautätigkeit
- Minimierung der Ausweisung von neuen Bauflächen
- Schnellere Bereitstellung von baureifen Grundstücken
- Beratung und Sensibilisierung der Kommunen und Privatpersonen im Rahmen der städtischen Entwicklung
- Einrichtung und Erhalt eines Wohnungsbestandes, der an die Grundbedürfnisse der Bevölkerung angepaßt ist

- Verbesserung der Lebensbedingungen sozial benachteiligter Gruppen vom ökonomischen und sozialen Standpunkt
- Verhinderung einer sozialen Segregation in den Stadtvierteln

4.1.2 Diskussion

4.1.2.1 Diskussion über die Leitideen und Entwicklungsziele

Die Ansätze aus dem Arbeitspapier wurden von den Diskussionsteilnehmern allgemein akzeptiert.

Im großen und ganzen wurde vorrangig über die **Instrumente zur Steuerung der Siedlungsentwicklung** diskutiert.

Als gravierende **Fehlentwicklung** wurde die Fortsetzung der bisherigen Siedlungsentwicklung mit dem freistehenden Einfamilienhaus als zentralem Element erkannt. Der daraus resultierende Flächenbedarf schränkt einzelne Gemeinden bereits heute in ihrer weiteren Entwicklungsfähigkeit ein. Außerdem führt diese Siedlungsform zu steigenden Erschließungskosten und steigenden Verkehrsaufkommen zu Lasten der Allgemeinheit.

Der zunehmende Druck auf die Gemeinden durch die erwartete **Bevölkerungszunahme** durch Zuzüge von außen wird zukünftig nicht nur große Flächen in Anspruch nehmen, sondern darüber hinaus auch neue Anforderungen an die Kapazitäten der kommunalen Infrastruktur stellen. Auch in Gemeinden wie Schiffingen, in denen kaum noch Baulandreserven zur Verfügung stehen, greift diese Problematik, wenn größere Wohnanlagen („Residenzen“) errichtet werden. Wie bedeutsam diese Problematik ist zeigt, daß die Gemeinde Schiffingen ein Moratorium für die Genehmigung von Mehrfamilienhäusern verfügt hat, das bis zur Auslage des neuen Bebauungsplans gelten soll.

Um statt der bevorzugten Einzelhausbebauung zukünftig auch Wohnbautypen, die Nachhaltigkeitskriterien besser erfüllen und einem sich verändernden Gesellschaftsbild besser gerecht werden stärker zu fördern, bieten sich mehrere Möglichkeiten an:

In den Zentren der Ortschaften könnte durch **Sanierungsmaßnahmen** attraktiver Wohnraum für einen breiteren Kreis von Wohnungssuchenden geschaffen werden.

Ein Gemeindevertreter bemängelte die **fehlende Unterstützung** von Seiten des Staates bei der zonenweisen Sanierung. Dagegen wurde von dem Vertreter des Wohnungsbauministeriums nochmals darauf hingewiesen, daß solche Sanierungsmaßnahmen bis zu 50 Prozent vom Staat subventioniert werden können und auch Maßnahmen im Außenbereich der Wohnungen, dem Wohnumfeld, wie Anliegerstraßen und Kinderspielplätze durch das Wohnungsbauministerium subventioniert werden könnten und dieses der Gemeinde auch wiederholt schriftlich mitgeteilt worden wäre. Die **staatliche Wohnungsbauförderung**, einschließlich der Unterstützung von Sanierungsmaßnahmen beruht auf dem Gesetz vom 24. März 1979. Leider kennt dieses Gesetz keine Orientierung an qualitativen Maßstäben oder Nachhaltigkeitskriterien.

In diesem Zusammenhang wurde bemängelt, daß in den Zentren viele Wohnungen leer stünden, daß die Besitzer der Wohnungen jedoch nicht enteignet werden könnten.

Die Bevölkerung müßte durch beispielhafte Projekte und Presseartikel sensibilisiert werden, die Qualität des durch **Nachverdichtung** oder **Sanierungsmaßnahmen** entstandenen Wohnraumes besser zu erkennen. Auch sei es im Zuge der Nachverdichtung möglich, intermediäre Wohnformen zu realisieren, die den Nutzungsansprüchen der unterschiedlichen sozialen Gruppen (Alte, Behinderte, Ausländer, Singles, Familien) gerecht werden könnten. Von den Gemeinden könnten diesbezüglich **Auflagen** an die Promoteure bzw. die Bauherren gemacht werden. Möglichkeiten flächensparender Bauweisen in konventionellen Einfamilienhausgebieten, z.B. durch Reihenhausbebauung oder zweigeschossige Bauweise, wurden aufgeworfen.

Am Beispiel eines neuen – des letzten größeren Wohnbaugebiets (Anm. d. Verf.)-Wohngebiets in Schiffingen wurde deutlich gemacht, daß die Gemeinden sehr wohl Einfluß auf die Ausgestaltung des Baugebiets und die geplante Bauweise der Häuser nehmen können und eine rationellere Nutzung knapper Ressourcen möglich ist. Es wurde ein Wohngebiet in verdichteter Bauweise mit einer Mischung von Wohnungstypen für unterschiedliche Nutzergruppen sowie Flächen für wohnverträgliche Arbeitsstätten mit einer neuen Haltestelle für die CfL konzipiert. Dieser Plan ist inzwischen vom Gemeinderat und der „Commission d'Aménagement“ gut geheißen worden.

Allgemein wurde jedoch festgestellt, daß der, durch das Gesetz von 1989 über das Architektenwesen, erhoffte Qualitätssprung im Wohnungsbausektor bis jetzt noch nicht stattgefunden hat. Es wurde gefordert, daß jeder Teilbebauungsplan bzw. Lotissementplan aus einem städtebaulichen Entwurf eines Architekten oder Stadtplaners abgeleitet werden muß.

Hinsichtlich der **Förderung verdichteter Bauweisen** wurde über die Möglichkeit der stärkeren **Besteuerung** von Einfamilienhausgrundstücken in Neubaugebieten, z.B. durch eine höhere **Grundsteuer**, nachgedacht. Auch könnte der Staat hier eine gewisse lenkende Rolle übernehmen, indem z.B. staatliche Wohnungsbauprämien an Qualitätskriterien, die nachhaltigen Bauformen entsprechen, gekoppelt werden könnten. Die Gemeinden könnten die Lotissementpläne, die nachhaltigen Kriterien nicht entsprechen, verwerfen.

Weiterhin wurde die Möglichkeit aufgeworfen, daß die Gemeinden auch selbst als **Lotisseur** fungieren könnten. Die Gemeinden hätten es dann selbst in der Hand, nachhaltige Qualitätskriterien in ihre Stadtentwicklung einzuführen und durchzusetzen.

Außerdem sollten die Gemeinden die Möglichkeit erhalten einmal ausgewiesenes Bauland **zurück zu zonen**, wenn sich die städtebaulichen Ziele verändert haben, ohne die Verpflichtung Spekulationsgewinne zu entschädigen. Auch könnten die Gemeinden eine vorausschauende **Bodenpolitik** durch den Ankauf von Schlüsselgrundstücken betreiben.

Es wurde vorgeschlagen, daß die zuständigen Ministerien eine verbesserte **Informationspolitik** in Richtung der Gemeinden betreiben sollten, da offensichtlich die Rollen und Handmöglichkeiten des Staates und der Gemeinden in vielen Bereichen zu wenig bekannt wären und daher nicht voll ausgeschöpft würden. Insgesamt liegt aber die Hauptverantwortung für die Siedlungspolitik bei den Gemeinden. Wie bereits von dem Vertreter des Wohnungsbauministeriums für die Aufgabe Sanierung angemerkt, wurde auch von seiten des Vertreters des Innenministeriums darauf hingewiesen, daß die staatlichen Stellen immer bereit wären, den Gemeinden mit Rat und finanzieller Unterstützung bei einer sinnvollen Stadtentwicklung zur Seite zu stehen und auch auf Qualitätssteigerungen zu achten, die prinzipielle Verantwortung liege jedoch nach dem luxemburgischen System der Gewaltenteilung bei der politischen Führung der Gemeinden.

Auch im Zusammenhang mit der **Revitalisierung der Industriebrachen** müßte im Falle der Schaffung neuer Wohnbebauung auf eine hohe Wohnqualität geachtet werden. Diese könnte durch die Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben vor Ort erreicht werden, so daß die hier lebenden Menschen sich vor Ort versorgen und am Ort arbeiten könnten (Stadt der kurzen Wege).

Ein Teilnehmer bemerkte, daß die Dezentralisierung nicht durch das Abziehen von Betrieben aus der Hauptstadt erfolgen sollte, sondern es sollte vielmehr versucht werden, neue Unternehmen zu gründen oder aus dem Ausland zu gewinnen, damit man eine eigenständige Identität entwickeln könne und nicht die Stadt (Luxemburg) kopiert würde. (Dieser Widerspruch zum Thema Dezentralisierung konnte wegen der fortgeschrittenen Zeit leider nicht ausdiskutiert werden. *Anm. d. Verf.*)

Zur Gewährleistung einer strafferen Siedlungspolitik der Gemeinden wurde herausgestellt, daß die Gemeinden ein **Baulückenkataster** erstellen sollen. Es sollte erwogen werden, die Grundstücke mit Baulücken bzw. baureifen Parzellen mit einer höheren Grundsteuer zu belegen. Außerdem sollten die Besitzer solcher Grundstücke auch Infrastrukturtaxen wie am Beispiel der Gemeinde Petingen, wo so bereits verfahren wird deutlich gemacht wurde, in gleicher Höhe, wie sie für bebaute Grundstücke erhoben werden, bezahlen. Andere Gemeinden setzen auf die Verantwortung der Grundeigentümer und die Regulationsmechanismen des Wohnungs- und Bodenmarktes.

In der Diskussion wurde ein oft erheblicher **Informationsunterschied** deutlich. Viele Teilnehmer, insbesondere einige der politischen und hauptamtlichen Vertreter der Gemeinden, hatten bereits Erfahrungen mit einzelnen Maßnahmen und Instrumenten gesammelt, die aber selbst in ihren Nachbargemeinden nicht immer bekannt waren. Große Informationslücken könnten durch die Verstärkung der Bemühungen staatlicher Stellen im Bereich der Siedlungsplanung und -sanierung oder eine verstärkte regionale Zusammenarbeit geschlossen werden. Andere Defizite sind auf eine unzureichende personelle Ausstattung einzelner Gemeinden zurückzuführen.

Es wurde geschlußfolgert, daß die Gemeinden eine **aktive Baupolitik** betreiben sollten. Um neue Erfahrungen zur Verbesserung der Siedlungs- und Wohnqualität zu sammeln, sollten Pilotprojekte gestartet werden.

Generell wurde festgestellt, daß die luxemburgischen Steuersysteme den Leitbildern und Zielen des Positionspapiers diametral entgegen stehen.

4.1.2.2. Handlungsbedarf und Projektansätze

⇒ Maßnahmen zur Steuerung der Siedlungsentwicklung

Die Maßnahmen zur Konkretisierung einer neuen Siedlungsentwicklung umfassen Vorschläge, die bereits jetzt unter den bestehenden bau- und steuerrechtlichen Voraussetzungen von den Gemeinden umgesetzt werden können. Sie sind mit dem Buchstaben (G) kenntlich gemacht. Es kamen daneben aber auch Ansätze zur Diskussion, die Reformen auf nationaler Ebene voraussetzen. Letztere wurden mit einem © kenntlich gemacht. Initiativen, die unter den jetzigen Rahmenbedingungen von staatlicher Seite kommen sollten, sind durch ein (S) gekennzeichnet.

- eine verstärkte Aktivität der Gemeinden bei der **Sanierung** der älteren Quartiere, insbesondere unter Ausschöpfung der Möglichkeiten des 79er Gesetzes (création de zones d'assainissement) (G) + (S)
- Vermeidung von einseitig strukturierten Gebieten durch den Bau von unterschiedlichen Wohnungstypen und **Mischung** von verträglichen Nutzungen (G),
- Bereitstellung von Flächen für die besonderen Bedürfnisse von **Minderheiten** wie Behinderte oder Andersgläubige,
- eine stärkere **Anleitung** von Promotoren und Bauherren durch kommunale Vorgaben bei der Aufstellung von Teilbebauungsplänen (G),
- Koppelung der **PAPs** an städtebauliche Rahmenpläne (G),
- Förderung **flächensparender Bauweisen**, z.B. durch Ausweisung von Gebieten für Reihenhausbebauung (G),
- positive Beispiele, wie **Pilotprojekte** und städtebauliche bzw. architektonische Wettbewerbe (G)+(S),
- **Beratung** durch staatliche und kommunale Dienste, u.a. über die Vorteile einer flächensparenden Bauweise und die Notwendigkeit einer durchgängigen städtebaulichen Konzeption (S) und (G),
- hoheitliche **Eingriffe**, wie Enteignung von Wohnraum bei unbegründetem Leerstand,
- fiskalische **Steuerungselemente**, wie Versiegelungsabgaben.(S) Gegebenenfalls Gemeindetaxe (G).

Auch die häufig zu beobachtende jahre- oder jahrzehntelange Blockade von baureifem Land innerhalb von voll erschlossenen Baugebieten setzt die Gemeinden unter den Zwang, immer neue Siedlungsgebiete auszuweisen und mit großem Aufwand zu erschließen.

Als Maßnahmen zur Lösung dieses Problems wurde empfohlen

- die Erhebung der **Erschließungsabgabe** nicht erst bei der Bebauung sondern bereits bei Fertigstellung der Erschließung vorzunehmen, (G)
- die **Grundsteuer** auf der Grundlage der planungsrechtlich möglichen und nicht der jetzigen Nutzung (z.B. Wohngebiet statt Weideland) zu erheben ®,
- zivilrechtliche **Verträge** mit Fristen für die Fertigstellung zwischen Gemeinde und Bauherren abzuschließen (G),
- **Rückzonung** ohne Entschädigung von Spekulationsgewinnen ®.

⇒ Chancen einer neuen Siedlungspolitik durch regionale Zusammenarbeit

Abschließend wurden die Chancen einer neuen Siedlungspolitik im regionalen Rahmen erörtert.

Eine gemeinsame regionale Siedlungspolitik hätte nach Meinung vieler Teilnehmer den Vorteil der Bündelung der personellen Kapazitäten einschließlich einer Verstärkung eines besseren Informationsaustausches und der Verhinderung des Ausspielens der Gemeinden gegeneinander. Es wurde daher die Gründung eines „**regionalen Bauamtes**“ bzw. einer regionalen Planungsgemeinschaft angeregt. Diese gemeinsamen Einrichtung könnten zum Beispiel auch eigenständig Lottissementspläne (PAPs) erstellen. Darüber hinaus könnte diese Stelle einheitliche Richtlinien bezüglich der Baulandentwicklungspolitik für die Region formulieren und somit den Bürgermeistern Rückendeckung für die Durchführung von Maßnahmen geben, welche aus lokalpolitischer Sicht nicht immer als popularitätsfördernd angesehen werden können.

Bei der Frage der Gründung eines **Regionalsyndikates** wichen die Meinungen einiger Teilnehmer stark von einander ab. Skepsis wurde vor allem vor dem Hintergrund von Erfahrungen mit bestehenden Syndikaten und der Ausweitung dieser Syndikate geäußert (leider konnte auch diese Frage in der Arbeitsgruppe nicht ausdiskutiert werden). Es wurde jedoch sehr deutlich, daß in der Region zukünftig eine koordinierte Siedlungsentwicklung stattfinden muß. Um Fehlentwicklungen, wie sie z.B. im Bereich der Agglomeration der Stadt Luxemburg zu beobachten sind, zu vermeiden, ist es unabdinglich, gemeinsam eine qualitätsorientierte Entwicklung der Region herbeizuführen.

4.2 Arbeitsgruppe 2: Förderung der Lebensqualität durch nachhaltige Mobilität

Moderation und Berichterstattung: Romain Molitor (Trafico)
Pierre Baumann (Zeyen + Baumann)

Teilnehmerliste: s. Anhang

4.2.1 Einleitendes Statement mit den Leitideen und Entwicklungszielen

Die Kernaussagen aus dem Arbeitspapier des Innenministeriums und aus den zuvor durchgeführten Interviews mit Experten wurden vorgestellt. Folgende Punkte wurden angesprochen:

- Definition der Begriffe Mobilität (Alle Wege außer Haus); Verkehrsleistung (Weg multipliziert mit der Distanz) und Modal Split (Aufteilung der Wege auf die verschiedenen Verkehrsmittel).
- Analyse der Verkehrssituation in der Region Süden: Dominanz der Nutzung des Autos und der damit verbundenen Probleme (Unfälle, Luftverschmutzung, Lärm, Entwertung der Siedlungsräume entlang von stark befahrenen Strassen). Fehlende Daten über den Fußgänger- und Fahrradverkehr.
- Die Verlagerung der Grenzpendler (frontaliers) auf den ÖV ist einerseits mangels ausreichenden Rollmaterials (Eisenbahn), andererseits mangels einer vollen Integration (z.B. Führung von Buslinien zwischen Minett und Frankreich) bisher nicht im erforderlichen Ausmaß erfolgt.
- Auf die fehlende Koordination zwischen Siedlungs- und Verkehrsplanung wird hingewiesen.
- Es gibt in den Industriezonen auch Parkraumprobleme (Platzbedarf, hohe Grundstückskosten für Parkplätze). Hier muß eine bessere Erreichbarkeit mit dem ÖV erreicht werden sowie evtl. der Bau von Parkhäusern in Erwägung gezogen werden.
- Die Hierarchie der Straßen in der Region Süden soll neu überdacht werden, wobei auch die Zahl der Anbindungen an das hochrangige Straßennetz überdacht werden soll (zusätzliche Anbindungen).
- Anpassung der ÖV-Infrastruktur in der Region Süden:
Der Ausbauplan der Eisenbahn (plan d'investissements pluri-annuel; CFL) sieht eine neue Strecke Luxemburg - Bettemburg vor (entlang der Autobahn Luxemburg - Dudelange), die auch im Zusammenhang mit dem geplanten TGV-EST (Verbindungsstrecke nach Metz/Nancy) zu sehen ist. Weiters ist der Ausbau der Strecke Luxemburg - Pétange auf eine durchgehende zweigleisige Strecke vorgesehen, um den zusätzlich zu erwartenden Güterverkehr aufzunehmen. Dieser Ausbau steht auch im Zusammenhang mit dem Ausbau von Bettemburg als "Hub" im Europäischen Eisenbahngüterverkehr. Der Rangierbahnhof Bettemburg soll eine zusätzliche Gruppe von Richtungsgleisen (faisceaux) mit 8 Gleisen bekommen, wovon bereits heute 4 (als Stumpfgleis) bestehen. Der Containerterminal soll weiter ausgebaut werden, da wegen des Wachstums in den vergangenen Jahren die Kapazität zeitweise erreicht wird.
- Probleme treten bei der Fahrplankoordination zwischen Eisenbahn (CFL) und dem Busnetz (TICE) auf.

- Durch die Umsetzung der Direktive 91/440 der Kommission der Europäischen Gemeinschaft gibt es keine eindeutige Zuständigkeit mehr für die Busbahnhöfe (Wartung und Erneuerung).
- P+R in der Nähe der Stadt Luxemburg wird nicht mehr ausgebaut werden (Probleme der zu langen Wege mit dem Auto und der zu kurzen Wege mit dem ÖV (Bus) sowie der Grundstücksverfügbarkeit). Ziel wird es sein, die P+R Anlagen möglichst in die Nähe der Wohnorte zu verlagern.
- Die Information über die verschiedenen Angebote im ÖV ist zur Zeit noch lückenhaft.
- Die Integration der verschiedenen Verkehrsmittel (Auto - ÖV, Fußgänger - ÖV und Fahrrad - ÖV) ist ausbaufähig und verbesserungsbedürftig.

Aus den Interviews mit den regionalen Experten gewonnene Informationen über Ausbaupläne der Straßeninfrastruktur und mögliche Konflikte mit den Zielen des "programme directeur de l'aménagement du territoire" und mit den Aussagen des Arbeitspapiers wurden vorgestellt:

- "Grande voirie": Autobahnen und Schnellstrassen:
 - Planung der Umgehung Longwy (2x2 Streifen) in Verbindung mit der Autobahn N 52 in Frankreich und Anbindung an die Autobahn N 81 nach Belgien (Aubange - Arlon)
 - Planung und Bauvorbereitung der Autobahn Aubange - Arlon N 81
 - Überlegung der Anbindung der "Collectrice du Sud" (Biff) an die Autobahn Aubange - Arlon, Höhe Messancy. Damit stehen für die interregionalen Verkehrsströme Belgien - Frankreich und darüber hinaus insgesamt 3 Routen zur Verfügung, wobei 2 über Luxemburg führen. Damit soll auch eine Entlastung des "contournement" der Stadt Luxemburg erreicht werden. Langfristige Überlegung eines By-Passes zwischen Collectrice du Sud und A4 nördlich vom "Lankelzer Besch" (Horizont 2010-2015).
- Contournements in der Region Süd:
 - Belval /Esch Richtung Frankreich:
Von Frankreich wird eine Verlängerung der A4 Luxemburg - Esch nach Frankreich über Belval gefordert. Für den regionalen Grenzverkehr genügt aber ein 2-streifiger Querschnitt cf. der Studien von Agiplan und dem Masterplan Belval. Die vorgesehene Trasse liegt zwischen den in den beiden Studien vorgeschlagenen Trassen und führt vom Rondpoint Raemerich über Belval nach Russange und nach Audun. In Frankreich wird eine Verlängerung nach Villerupt auf der Eisenbahnstrecke diskutiert. Baubeginn soll 2001 sein. Kreuzungen werden als Kreisverkehr ausgestaltet.
 - Belvaux Richtung Differdange:
Es ist eine Straßenverbindung von der Trasse Rondpoint Raemerich nach Russange in Ost-West Richtung nach Belvaux zur Entlastung der Ortsdurchfahrt Belvaux mit Anbindung an den Rondpoint in Belvaux (Höhe Rathaus), verbunden mit einem Rückbau der ehemaligen Ortsdurchfahrt, vorgesehen.
 - Verbesserung der Verkehrsführung Esch/Schifflange:
"Kleine" Umfahrung im Zuge des Rückbaus des Bd. Kennedy und der besseren Anbindung und Integration des Bahnhofes und des Busbahnhofes an die Stadt über Bd. Grande-Duchesse Charlotte. Lösungen mit Kreisverkehr an der Kirche Lallange (eventuell Abhängung des Teilstücks der Luxemburger Straße zwischen der Kirche und der Autobahn).
Überlegungen zur besseren Lösung der Kreuzung Burgaart (Kreisverkehr anstelle der Einbahnregelung).
Eine Anbindung Autobahn A4 mit Unterführung Eisenbahn an die rue de la Libération in Schifflange zur Verbesserung der Situation in Schifflange (Eisenbahnkreuzungen) wird

überlegt. Aufgrund von Erhebungen der Verkehrsströme wird hier keine besondere Gefahr für einen zunehmenden Durchgangsverkehr gesehen (dzt. nur 3% über CR 166 aus Rumelange Richtung A4).

Bascharage - Dippach:

Planung eines contournements (2 streifig) von Bascharage (in einer zweiten Phase dann Dippach) zwischen Bascharage und Sanem mit Anbindung an die Collectrice du Sud. Diese soll als Europastraße klassiert werden, d.h. es wird der Langsamverkehr (Landwirtschaft, Fahrräder, Mofas) von der Benützung ausgeschlossen (Definition als Autostraße).

Die Ortsdurchfahrt Bascharage soll nicht zurück gebaut werden, weil zu viele autoorientierte Betriebe an der Ortsdurchfahrt angesiedelt sind (insbesondere Bascharage - Biff).

Der Zeitplan ist derzeit noch offen.

4.2.2 Diskussion

4.2.2.1 Diskussion über die Leitideen und Entwicklungsziele

Diskussion über Mobilität und Gesellschaft

Die Diskussion über die **Grundsätze der Mobilität** wurde auf Wunsch der Teilnehmer angeschnitten:

- Welche Mobilität wollen wir/brauchen wir ?
- Wie soll die Mobilität in Zukunft ausschauen ?
- Können/sollen wir eine Grundversorgung im ÖV garantieren und wenn ja, wie soll diese ausschauen ?

Anlässlich dieser Debatte wurden die sozialen Auswirkungen des Verkehrs sowie individuelle Präferenzen und "Lifestyle" als Motor des Verkehrsverhaltens gestreift.

Es wurde auch die **fehlende Kostenwahrheit** im Verkehr angeschnitten.

Die Probleme wurden nur andiskutiert, da es einerseits an Zeit fehlte, eine grundsätzliche Debatte über Mobilität und Gesellschaft zu führen, andererseits die Diskussion konkreter Ideen und Projekte das Ziel der Regionalkonferenz war.

Diskussion über Standortpolitik und Verkehrsproblematik

Die Standorte neuer Schulen und neuer Arbeitsplätze müssen unter Berücksichtigung der Verkehrsbelange (Erreichbarkeit, Erschließung mit dem ÖV, Erschließung für Fahrrad und Fußgänger) festgelegt werden.

Die "ABC-Raumordnungspolitik" in den Niederlanden wird kurz angerissen. Die Methodik der ABC-Planung unterscheidet grob zwischen drei Kategorien unter den Betrieben (hinsichtlich ihrer Erreichbarkeitsanforderungen) und unter den Standorten (hinsichtlich ihrer erforderlichen Erschließungsqualitäten). Die Erschließungsqualitäten werden in Abhängigkeit von der Entfernung zum Bahnhof (Unterscheidung Fern- und Nahverkehr) und von der Entfernung zur Autobahnanschlussstelle definiert. Die Erschließungsanforderungen der Betriebe werden in Abhängigkeit der Branche definiert. Als Beispiel: Betriebe mit hoher Kundenfrequenz und/oder hoher Arbeitsplatzanzahl (z.B.: Öffentliche Einrichtungen, Büros mit wenig Geschäftsverkehr) dürfen nur an "A-Standorten" (Entfernung zum Bahnhof oder ÖV-Knoten max. 800m, Limitierung der Zahl der Parkplätze) errichtet werden.

Diskussion über Planung und Mobilität

Im Zuge der **Rekonversion und Neugestaltung der Industriebrachen** sollen von Anfang an die **Anforderungen der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer (Fußgänger und Radfahrer) sowie des ÖV** berücksichtigt werden. Hier ist eine historische Chance gegeben, verkehrsträgerübergreifende und urbanistische Akzente zu setzen.

Des Weiteren soll bei **Neubauten** darauf geachtet werden, **dass alle Verkehrsteilnehmer** berücksichtigt werden (z.B. bei Brücken auch Rad- und Fußwege vorsehen und nicht nur Fahrstreifen für den Autoverkehr).

Diskussion über die Ausbaupläne der Eisenbahn

Die Ausbaupläne der **Eisenbahn zur Strecke Luxemburg - Pétingen** auf eine zweigleisige Strecke wurden angeschnitten. Es besteht die Befürchtung, dass die Lebensqualität der Anrainergemeinden reduziert werden könnte (z.B. Lärmbelastungen, Nachtbetrieb). Eine weiterführende Verbesserung der Verbindung nach Rodange und Athus im Zusammenhang mit dem zweigleisigen Ausbau wird angeregt.

Es wird kritisch angemerkt, dass eine Abwicklung des **Gütertransitverkehrs** ohne weiteren Mehrwert für Luxemburg über diese Strecke nicht viel Sinn machen würde. Dem wird entgegen gehalten, dass diese Ausbauten im Zusammenhang einer weiteren Stärkung des Containerterminals und des Rangierbahnhofes Bettemburg zu sehen sind. Diese Bemühungen sind auch unter dem Aspekt der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene zu sehen.

Auf die Frage, ob innerhalb der Arbeitsgruppe Konsens zu den geplanten Ausbauten der Eisenbahn herrscht, erfolgte keine Gegenstellungnahme.

Diskussion über die Problematik ÖV im Süden

Die **Anschlüsse zwischen Eisenbahn und Bus** (CFL und TICE) sind nicht immer gewährleistet. Aufgrund der vielen potentiellen Umsteigeverbindungen zwischen beiden Verkehrsträgern können einerseits nicht überall optimale Anschlüsse angeboten werden, andererseits treten Verspätungen auf, die nicht abgewartet werden (können).

Es besteht also ein eklatanter **Mangel an Qualität im ÖV** im weitesten Sinne:

- Qualität bei der Fahrplanerstellung und Linienplanung,
- Qualität bei der Gestaltung der Haltestellen (dzt. "rudimentär"),
- Qualität bei der Information (Information über das Angebot, Information an den Haltestellen und im Verkehrsmittel, Information bei Verspätungen, Darstellung auf den Stadtkarten etc.).

Die Problematik **Abendverkehr und Freizeitverkehr** wird angesprochen. Vielfach wird das Auto benötigt, da man am Abend (spätabends) keine Verbindung mehr hat. Eine Hinfahrt ist meistens noch möglich, für eine Rückfahrt gibt es dann keine Verbindung mehr. Abhilfe könnte ein bedarfsorientierter ÖV, etwa ein Anruf-Sammel-Taxi, bieten.

Das Problem **P+R** wird angeschnitten. Viele Standorte sind nicht entsprechend gestaltet, etwa:

- fehlende Beleuchtung ("Angsträume", besonders für Frauen),
- schlechte Erreichbarkeit mit dem Auto (z.B.: Bascharage).

Diskussion über Fahrradverkehr

Das Fahrrad hat nur mehr einen geringen Stellenwert im Verkehr im Süden, da die notwendigen Infrastrukturen fehlen. Es wird aber auch die stärkere Wetterabhängigkeit des

Fahrrades sowie die teilweise ungünstige Topographie im Süden (z.B. Gemeinde Sanem) angeschnitten, die für den Fahrradverkehr nicht förderlich sind.

Das Fahrrad kann auch optimal als **Komplementär zum ÖV** (Fahrt mit dem Fahrrad zur Haltestelle und dann Fahrt mit dem ÖV) angesehen werden. Es wird angeregt, dass das Fahrrad auch mit in den Zug genommen werden kann, ein Umstand der heute aufgrund des eingesetzten Fuhrparks nicht möglich ist. Falls das Fahrrad als Komplementär zum ÖV gefördert werden soll, muss auch an Haltestellen eine diebstahlsichere und im Optimalfall auch ein wettergeschütztes Abstellen möglich sein.

Diskussion über Marketing und Bewusstseinsbildung für nachhaltige Mobilität

Für die Bewusstseinsbildung breiter Bevölkerungsschichten ist ein **Marketing für den ÖV** erforderlich. Aber nicht nur nach "Aussen" ist dieses Marketing wichtig, auch nach "Innen" ist eine Bewusstseinsbildung erforderlich, z.B. bei den services techniques der Gemeinden und den Entscheidungsträgern (conseil communal u.a.). Oft werden die Belange des ÖV vergessen, etwa bei Sperren von Strassen für Bauarbeiten wird der ÖV nicht benachrichtigt (!) oder bei der Gestaltung von neuen Straßen (z.B. Verkehrsberuhigung) nicht konsultiert, so dass hier gravierende Behinderungen für den Bus entstehen.

4.2.2.2. Handlungsbedarf und Projektansätze

Um die angesprochenen Qualitätsmängel im ÖV zu beheben, sind eine Vielzahl von Maßnahmen (**Maßnahmenbündel**) erforderlich, etwa:

- Verbesserung der Haltestellen (Busbuchten befahrbar machen; Haltestellen ansprechend gestalten, Bahnhöfe für einen attraktiven Aufenthalt der Fahrgäste umgestalten),
- Prioritäten für den ÖV (Bus) durch Busspuren, wo sie wirklich gebraucht werden und nicht nur wo ausreichender Platz zur Verfügung steht, sowie durch Bevorzugung an Ampeln.
- Abstimmung der Fahrpläne zwischen Eisenbahn und Bus und zwischen den Bussen (TICE, RGTR).
- Verbesserung der Information: Fahrplanaushänge & Information über die Umgebung, Darstellung der Haltestellen auf den Stadtplänen, dynamische Information bei Verspätungen im Fahrzeug und an der Haltestelle.
- Qualitätsmanagement im Sinne des "Total Quality Management (TQM)", insbesondere bei Verspätungen.

Diese Maßnahmen können auch schrittweise eingeführt werden, Veränderungen werden somit rasch sichtbar.

Eine mögliche Abhilfe gerade bei der Verbesserung der Qualität im oben beschriebenen Sinne könnte der geplante **Verkehrsverbund in Luxemburg** sein. Der Anregung, den Verkehrsverbund auf regionaler Basis zu starten, wird entgegengehalten, dass Luxemburg ohnehin nicht so groß ist und daher ein regionaler Verkehrsverbund nicht die notwendige kritische Masse erreichen kann.

Eine regionale **Mobilitätszentrale** scheint hier eher Abhilfe bieten zu können, etwa als zentrale Informations- und Dispositionsstelle für den ÖV im Süden.

Zur strukturellen Verbesserung wäre es sinnvoll, dass **alle Gemeinden der Südregion Mitglied beim TICE** sind (Clemency, Bettemburg und Mondercange sind derzeit nicht Mitglied).

Eine **Neugestaltung des ÖV-Netzes** (Busse) im Süden wird angeregt. Dieses neue Netz könnte sich an den im "programme directeur" vorgeschlagenen grenzüberschreitenden Raumeinheiten im Süden orientieren (Pétange - Longwy - Athus; Esch - Audun-le-Tiche -

Villerupt; Dudelange - Volmerange). Das bedeutet, dass das TICE/RGTR Netz auf 3 Zentren hin orientiert wäre (Pétange-Differdange, Dudelange und Esch, wobei die grenzüberschreitenden Belange zu berücksichtigen sind (Integriertes grenzüberschreitendes ÖV-Netz). Die Neugestaltung des ÖV-Netzes soll sich auch am BTB-Konzept (zusätzliche Haltestellen auf den bestehenden Eisenbahnstrecken) orientieren. Derzeit sind die ÖV-Verbindungen etwa zwischen Künzig und der Region Süden quasi inexistent (der ÖV ist in Richtung Stadt Luxemburg orientiert).

Als **Komplementär zum ÖV** wird auch die Idee des **"car-sharings" (Autoteilen)** erwähnt. Dabei wird ein Fuhrpark von Autos zwischen mehreren Nutzern geteilt und gemeinschaftlich oder über eine professionelle Gesellschaft betrieben. Der Nutzer reserviert sein Fahrzeug und zahlt nach gefahrenen Kilometern. Bis ca. 10.000 km pro Jahr ist dieses System in der Regel kostengünstiger als ein eigenes Auto.

Bei Verkehrserregern (z.B. Supermarchés) wird eine **Verkehrserregerabgabe** für die Erschließung vorgeschlagen.

4.3 Arbeitsgruppe 3: Der Süden – eine dynamische, attraktive und wettbewerbsfähige Region

Moderation: Joachim Albrech-Struckmeyer/ Katja Königstein (TAURUS)

Berichterstattung: Joachim Albrech-Struckmeyer/ Angela Koch (TAURUS)

Teilnehmerliste: s. Anhang

4.3.1 Einleitendes Statement mit den Leitideen und Entwicklungszielen

Ausgehend von den klassischen Standortfaktoren - Rohstoffe, Arbeit, Boden, Infrastruktur und Staat -, die als Rahmenbedingungen einen Wirtschaftsstandort determinieren, wurden allgemeine Aussagen zur Bedeutung der einzelnen Faktoren vorgestellt und im regionalen Kontext eingeordnet. Dabei wurden Überlegungen angestellt, welche dieser Faktoren in welcher Form von besonderer Bedeutung sind und welche Gestaltungsmöglichkeiten bestehen, um einen positiven Beitrag zu einer innovativen und wettbewerbsfähigen Entwicklung der Region Süden zu leisten.

Dabei kann man aufgrund der bisher vorgenommenen Analysen davon ausgehen, daß in der Region Süden in der Revitalisierung von Brachen und Halden, der Neuansiedlung von Unternehmen, der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der regionalen Identität der Region wichtige Aufgabenstellungen gesehen werden.

Bei der Neuansiedlung von Unternehmen spielen in erster Linie die Infrastrukturausstattung, die Flächenverfügbarkeit und ausreichend gut ausgebildete Arbeitskräfte eine Rolle. Dabei sollte die wirtschaftliche Struktur der Region mittels einer abgestimmten Diversifizierungspolitik stabilisiert werden und insbesondere der hochwertige Dienstleistungssektor und Ansiedlung von KMU angestrebt werden. Dabei könnte auch ein Wandel zu mehr technologieorientierten Bereichen in Form von Technologie- und Gründerzentren von Interesse sein, um den Besatz an Forschungs- und Technologieeinrichtungen zu erhöhen und damit die Attraktivität der Gesamtregion als weiterhin stark industriell geprägten Standort zu erhöhen. In diesem Zusammenhang spielen auch Kooperationen zwischen Institutionen des öffentlichen Sektors und des privaten Bereichs eine wichtige Rolle, um Synergieeffekte zu nutzen. Besondere Potentiale bieten sich diesbezüglich gegebenenfalls im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Umwelttechnologien an.

Im Bereich der Arbeitskräfte sollte dem Aus- und Weiterbildungsangebot des regionalen Arbeitskräftepotentials ein besonderes Augenmerk zukommen. Dadurch könnte der Ausbildungsstand der Erwerbsbevölkerung erhöht werden und gegebenenfalls die Zahl der Aus- und Einpendler verringert werden.

Daneben kommt auch der Flächenverfügbarkeit in einer dichtbesiedelten Region wie dem Süden eine immer bedeutendere Rolle zu. Industriebrachen und Halden stellen daher ein immenses Entwicklungspotential sowohl für wirtschaftliche Aktivitäten und Wohnen, als auch für Erholung und Naturschutz dar.

4.3.2 Diskussion

4.3.2.1 Diskussion der genannten Leitideen und Entwicklungszielen

Im Mittelpunkt der Diskussion der ersten Stunde der Arbeitsgruppe, standen verschiedene Statements um **weiche Standortfaktoren**, wie kulturelle Identität oder das Image der Region nach außen, die nach Meinung der Anwesenden als Ergänzung zu den klassischen Standortfaktoren unbedingt berücksichtigt werden müssen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der Steigerung der Standortattraktivität für zukunftsfähige und innovative Unternehmen (Forschung, Entwicklung, Produktion, unternehmensorientierte Dienstleistungen, Kultur) und deren Mitarbeiter (Wohnumfeldqualität, kulturelles Angebot, Naherholungsgebiete) von Bedeutung.

Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang auch über die nötige Anpassung zwischen regionaler Branchenstruktur, Qualifikation der ansässigen Bevölkerung und Verbesserung der Bildungsinfrastruktur. Die zu verstärkende Ansiedlung erfolgreicher luxemburgischer Branchen im Süden des Landes, wie beispielsweise Medien, Film und Fernsehen wurden in diesem Zusammenhang kurz thematisiert und weitergehende Untersuchungen gefordert, inwiefern die gegebenen Standortvoraussetzungen diesen Branchen entsprechen.

Im folgenden werden zentrale Statements wiedergegeben, die im Laufe des Diskussionsprozesses an diesem Nachmittag in die Diskussion mit eingebracht wurden.

- Der Schutz und die Entwicklung der **Umwelt** muß im Süden wichtiger werden und bei allen Überlegungen geachtet werden.
- Die verschiedenen Fachressorts müssen zwischen den Gemeinden im Wissen um die Region inhaltlich **koordiniert** werden.
- Das **Image** der Region muß nach innen und außen verbessert werden und eine neue regionale Identität gestärkt werden.
- Regionalisierung ist bisher eine vom Staat geführte Initiative. Die Gemeinden sollen durch mehr **Eigeninitiative** ihre Zukunft selbstverantwortlich gestalten und die regionale Entwicklung durch Marketing fördern.
- Der Themenkomplex der **Förderung von Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen** sowie der Technologiepolitik und Förderung von Existenzgründungen fehlen im Arbeitspapier des Innenministeriums und sollten unbedingt ergänzt werden.
- Die wirtschaftliche **Tragfähigkeit** regionaler Zielsetzungen und Projekte muß stärkere Beachtung beim Management der kommunalen Entwicklungsaufgaben erhalten. Der Süden als Grenzregion muß mit den französischen und belgischen Nachbarkommunen stärker zusammenarbeiten und zukünftige Pläne besser **abstimmen**. Dies trifft insbesondere des Aspekt des Ausbaus von Gewerbestandorten.
- Die grenzübergreifende Kooperation im **PED** findet in diesem Zusammenhang bereits seit 10 Jahren statt und wurde seither immer finanziell gut gefördert. Aus diesem Grund wird es als erforderlich angesehen, eine umfassende Evaluierung der bisherigen Tätigkeiten durchzuführen, um den Zielerreichungsgrad und die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen zu ermitteln.
- Bei der Festlegung von Entwicklungszielen und Maßnahmen sollten die europäischen **Förderprogramme** beachtet werden und die veränderten Rahmenbedingungen durch die Agenda 2000 mit einbezogen werden.
- **Arbeitsplätze** sind in der Region prinzipiell ausreichend vorhanden! Es fehlt eher an der Abstimmung von Angebot und Nachfrage im Bereich der Arbeitnehmerqualifikationen sowie an einem positiven Image der Region, wobei die Pendlerverflechtungen vom Süden

in die Hauptstadt und die der Grenzgänger in den Süden nicht als schwerwiegendes Problem eingestuft wurde.

- Die Förderung des **Bildungswesens** und hier vor allem der höheren Schulausbildung (evtl. sogar Schaffung einer Universität) und der Weiterbildung sind zentral für die innovative Entwicklung der Region durch die ansässige und wachsende Bevölkerung des Südens.
- Anpassung der **Entwicklungsziele** im ökonomischen Bereich an regional vorhandenem Know-How, dabei sollte die Initiative stärker von der Region und nicht vom Staat ausgehen
- Bündelung der Finanzen, Einrichtung eines **Regionalfonds**, um die eigene regionale Position zu stärken und die Wettbewerbsnachteile zur Hauptstadt zu verringern.
- Es wurden bereits eine Vielzahl an **Studien** in und über die Südregion gemacht, deren Ergebnisse oftmals nicht öffentlich zugänglich sind. Was passierte mit all den Studien über den Süden, die bisher bereits gemacht wurden?
- Die Region müsse sich entscheiden, ob sie ein qualitatives oder quantitatives **Wachstum** für die Zukunft der Region wünscht, das wäre die zentrale Frage, die am Anfang der Diskussion um die Zukunft der Region zu klären ist.
- Bevor die Ausweisung von neuen Flächen für verschiedene Nutzungen durch die Gemeinden oder den Staat vorgenommen wird, sollte geklärt werden, wieviele **Brachen** wann zur Verfügung stehen werden und welche Revitalisierungspotentiale damit verbunden sind.

4.3.2.2 Handlungsbedarf und Projektansätze

Vor dem Hintergrund dieser ersten Gesprächsrunde wurde schnell deutlich, daß die Arbeitsgruppe ihre Aufmerksamkeit weniger auf das Arbeitspapier des Innenministeriums richten wollte, da aus Sicht der Gruppe zuerst angemessenere Rahmenbedingungen und Strukturen zur Kooperation zwischen den Gemeinden als auch mit dem Staat geschaffen werden müssen, bevor eine effektive und gleichberechtigte inhaltliche Arbeit geleistet werden kann.

Es bestand daher ein sehr großes Interesse daran, Fragen in Zusammenhang mit einer **regionalen Organisation bzw. Struktur** zu behandeln, die die kommunalen Interessen, Kompetenzen und Planungen sowie Finanzen bündeln können, um den Zielvorstellungen der Gemeinden des Südens eine Realisierungschancen zu geben.

Weitgehende Übereinkunft bestand in der Gruppe darin, daß die Gemeinden zugunsten dieser verbesserten Koordination **Kompetenzen** an eine regionale Struktur abgeben müssen und auch prinzipiell dazu bereit sind, wobei sich die Position der Gemeinden gegenüber dem Staat dadurch nicht verschlechtern darf. Einhellig bescheinigte die Arbeitsgruppe diesem Aspekt ein hohes Konfliktpotential für eine weitere Zusammenarbeit. Aus Sicht der Gemeinden müßte vor allem deutlich werden, worin der Mehrwert dieser neuen Struktur für die Gesamtheit der Gemeinden liege.

Es wurde davon gesprochen, daß der Süden zu einer Region zusammenwachsen solle, die mit einer Stimme spricht und die durch solidarisches Verhalten unter den Gemeinden und zu den Nachbarn die Chance gibt, eine neue Identität zu entwickeln, um das bisher noch schlechte **Image** des Südens besser nach außen und innen darzustellen.

Durch diese Stärkung der **Position der Gemeinden** des Südens gegenüber der staatlichen Ebene, könne ein partnerschaftlicher und für die Bürger transparenter Umgang zwischen Staat und Region gewährleistet werden.

4.4 Arbeitsgruppe 4: Natur- und Landschaftsschutz: Chance und Notwendigkeit zugleich

Moderation und Berichterstattung: Chantal Zeyen (Zeyen + Baumann)
Sonja Fandel (Zeyen + Baumann)

Teilnehmerliste: s. Anhang

4.4.1 Einleitendes Statement mit den Leitideen und Entwicklungszielen

Nach einleitenden Erklärungen zum Ablauf der Arbeitsgruppe wurde das Arbeitspapier des Innenministeriums kurz von Chantal Zeyen vorgestellt und dann die Diskussion eröffnet.

Im einleitendem Statement wurden die Hauptelemente und –aussagen der Experten-Interviews mit vorgestellt.

Bei den **prioritären Maßnahmenansätzen aus den Interviews** handelt es sich unter anderem um folgende Themen:

- Zersiedlung der Landschaft durch unkontrollierte Ausdehnung der Ortschaften
- Zerschneidung der Landschaft durch den Straßenbau (z.B. Collectrice du Sud)
- Fehlende planerische und rechtskräftige Ausweisungen von schutzwürdigen Landschaftsteilen
- Übernahme der Natur- und Landschaftsschutzgebiete in die PAGs (auch i.S. der Integration der Landschaftsplanung in das neue Gesetz von "1937")
- Fehlende regionale Strukturen
- Sensibilisierung der Bevölkerung für die Region
- Beteiligung von unterschiedlichen Zielgruppen an der Regionalplanung, neue Formen der Partizipation
- Aufstellen von Pflege- und Entwicklungsplänen für die ehemaligen Tagebaugebiete
- Renaturierung der Fließgewässer
- Vorranggebiete für den Freiflächenschutz (Verhindern von Zerschneidung durch Straßen, Hochspannungsleitungen, ...)
- Lenkung von Besuchern in ökologisch sensiblen Gebieten
- Erstellung eines regionalen Abfallwirtschaftsplanes
- Gezielte und verstärkte Wiederverwertung von Inertmaterialien, Einsparung von Deponiekapazitäten, Suche nach einem neuen Standort für eine Bauschuttdeponie.
- Errichtung eines Gas-Dampf-Turbinenkraftwerkes, Nutzung und Optimierung des Energieverbrauches und der Abwärme durch gezielte Ansiedlung von Betrieben mit hohem Energieverbrauch, Vorranggebiete für Fernwärmenetze, ...
- Einsatz erneuerbarer Energiequellen z.B. Sonnenenergienutzung in Pilotprojekten auf Industriebrachen, Verbrennungsanlagen für Biomasse (Hackschnitzelanlagen), Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, ...
- Ausarbeitung eines regionalen Energiekonzeptes
- Ausbau der Tätigkeit des Sicona auf die gesamte Süd-Region

Die Ziele des Arbeitspapiers des Innenministeriums wurden von der Arbeitsgruppe akzeptiert. In Fragen, wie zum Beispiel der Schutz und Erhalt von Sukzessionsflächen, die Nutzung und Bewirtschaftung von Freiflächen (im Sinne der Land- oder Forstwirtschaft oder des

Naturschutzes, ...etc.) konkret umgesetzt werden soll, wurden kontroverse Vorgehensweisen diskutiert. Weiters wollte man die Konflikte im Bereich der Flächennutzung und zwischen Siedlung und Freiraum nochmals hervorstreichen, obwohl dieser gesamte Themenkreis auch im Arbeitspapier andiskutiert wird.

Somit kam es zu einer Zustimmung bezüglich der Hauptziele des Arbeitspapiers. Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf folgende Punkte:

4.4.2 Diskussion

4.4.2.1 Diskussion über die Leitideen und Entwicklungsziele

(Teil 1: Diskussion "Umwelt und natürliche Ressourcen")

Auf die Frage, **welche Gebiete** unter dem Thema **Industriebrachen** gemeint sind, wurde der Unterschied zwischen den ehemaligen Tagebaustandorten (Gebiete, die heute ein hohes naturräumliches und landschaftliches Potential aufweisen, vorwiegend im südlichen Teil der Region Süden) und den ehemaligen Industriestandorten aus der Agiplan-Studie (Schwerindustrie, Standorte mit einer hohen potentiellen Belastung) wie die Halden von Mondercange, Ehlerange, Differdange und Esch-Belval, sowie die Industriebrache im Süden des Zentrums von Dudelange, hervorgehoben.

Bei der Ausweisung und Pflege von Naturschutzgebieten auf **den ehemaligen Tagebaugebieten** schälen sich mehrere Konflikte und Diskussionspunkte hervor:

- Es handelt sich teilweise um eine Kulturlandschaft, die die lenkenden Eingriffe des Menschen braucht, um in dem augenblicklichen Zustand erhalten zu werden.
- Die Tagebaugebiete befinden sich in unterschiedlichen Sukzessionsstadien, auch hier stellt sich die Frage *wie?* und *welche Sukzessionsstadien?* erhalten werden sollen/können. Eine entsprechende fachliche Planung könnte diese Probleme lösen.
- Das Zusammenspiel zwischen naturschützerischen Anliegen und der Nutzung der Flächen zu Erholungszwecken (Naherholung, Wandern, Radfahren) erscheint schwierig. Besonders der Konflikt zwischen Naturschutz und einer sportlichen Nutzung der Flächen (Reiten, Mountainbike, ...) ist akut und bedarf einer einheitlichen Lösung (Vorschlag: regionales Reglement in allen 12 Gemeinden zur Lösung der Nutzungskonflikte vor allem im Wald). Eine Sensibilisierung der lokalen Bevölkerung für die Gebiete ("Image-Pflege", Identifikation mit der Region, ...) kann durch gezielte Lenkung der Besucherströme (zum Schutz besonders sensibler Gebiete) und mit didaktischen Hilfsmitteln erreicht werden. Eine "Schließung" von Naturschutzgebieten würde ein Scheitern des Naturschutzes bedeuten.
- Ein Nutzungskonzept für die ehemaligen Tagebaugebiete müsste erstellt werden, d.h. ein entsprechendes Pflege- und Entwicklungskonzept sollte Probleme wie die unterschiedlichen Sukzessionsstadien und auch Nutzungskonflikte berücksichtigen.
- Auch wurde auf den Konflikt zwischen der Ausweisung und Pflege von Naturschutzgebieten und der anschließend (oft schleppenden) Umsetzung von Schutzmaßnahmen hingewiesen.

Die **Industriebrachen** (ehemalige Schwerindustriestandorte) sollten nicht nur für Industrie- oder Gewerbegebiete oder Siedlungen vorbehalten werden, sondern auch für den Natur-, Landschafts- und Artenschutz zur Verfügung stehen. Bevor neue Industriezonen auf der

"grünen Wiese" entstehen, sollten vorrangig vorhandene Industriebrachen genutzt werden. Eine Rückwidmung der Industriebrachen in Grünzonen als Kompensationsmaßnahme für die Flächenverluste durch Zersiedlung und Zerschneidung der letzten Jahre würde wesentlich zur Erhöhung der Lebensqualität beitragen.

Dem Wunsch nach mehr und besser zugänglichen, öffentlichen Grünflächen und Kinderspielplätzen könnte im Zusammenhang mit der Diskussion um die Industriebrachen verstärkt Rechnung getragen werden. Derartige Flächen dienen gleichzeitig der Durchgrünung von verdichteten und flächensparsamen Wohngebieten.

Die bereits ausgewiesenen **Naturschutzgebiete** sollten durch entsprechende Schutz- und Pflegekonzepte einerseits für die lokale Bevölkerung erschlossen werden (Identifikation mit der Region, "Imagepflege"), sowie durch eine positive Vermarktung (Verweis auf die Einmaligkeit der ehemaligen Tagebaugebiete) auch einen wesentlichen Beitrag zum Tourismus in der Region liefern. Ökologisch besonders sensible Bereiche müssen allerdings durch entsprechende Lenkung der Besucherströme in den Pflegekonzepten besonders berücksichtigt werden.

Durch gezielte neue Geländeaufnahmen könnten die naturräumlichen Potentiale der Region verstärkt hervorgehoben werden, eventuell neue regional wertvolle Gebiete (z.B. Feuchtgebiete, ...) erkannt und ebenfalls als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. diese wären somit ein weiteres Glied im regionalen Biotopverbundsystem.

Die Schutzgebiete laut "Habitat-Directive 92/43/CEE" sollten in ihrer ursprünglichen Größe (d.h. nach der "liste scientifique") ein wesentlicher Bestandteil in diesem Biotopverbundsystem und Schutzgebietsnetz (réseau vert) sein!

Der Schutz der **Freiflächen** zwischen den Siedlungsgebieten, den Industriegebieten und der Region Süden (im allgemeinen) gegenüber der Region Zentrum (→ gemeint ist hier die gesamte *zone verte interurbaine*) ist ein wichtiges Anliegen zum Erhalt der Lebensqualität der Bewohner, des Erholungsraumes und der ökologischen Diversität:

- Die Kulturlandschaft der Region Süden muß geschützt werden
- Wichtige Rolle dabei spielen die Land- und die Forstwirtschaft; es müßte eine breite Akzeptanz der Freiflächen in unserer Kulturlandschaft geschaffen werden.
- Die Rollen der **Forstwirtschaft** sind vielfältig: der Wald als Wirtschaftsfaktor (Holzproduktion), der Wald als öffentlicher Naherholungsraum (Konflikte Waldarbeit – Wanderer,...), der Wald als Naturraum (Naturwaldparzellen Bsp. Haardt Dudelange, naturnah bewirtschaftete, regionaltypische Waldgesellschaften (z.B. artenreiche Buchenwaldgesellschaften), ...), der Wald als Sukzessionsstadium, Probleme treten auf bei Aufforstungen, die einerseits sinnvoll erscheinen, weil wenig Waldflächen im Süden des Landes vorhanden sind (Aufforstungen im Bereich der "ceinture verte"), die andererseits oft auf Kosten anderer wertvoller Biotope (Feuchtwiesen, ...) oder mit standortsfremden Arten durchgeführt werden.
- Um die **Landwirtschaft** in der Region zu unterstützen, sollten Vorrangflächen für die Landwirtschaft ausgewiesen werden. Die (extensive) Bewirtschaftung der Kulturlandschaft durch eine wirtschaftlich tragfähige Landwirtschaft ist die Voraussetzung für der Schutz der Freiflächen in der Region. Deshalb sollten Instrumente zur Unterstützung und Förderung der Landwirtschaft geschaffen und eingesetzt werden. Dies sollte in verstärktem Maße in Zusammenarbeit mit den Landwirten passieren!.

Die landwirtschaftlichen Flächen sind durch Nutzungsaufgabe bedroht, deshalb sollten

vermehrt Biotoppflegeprogramme sowie Hilfestellungen für die Bewirtschaftung von Randertragsflächen zur Verfügung gestellt werden. Der Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe sowie die gezielte Förderung der Neuansiedlung von Höfen (Aussiedlerhöfe) könnten als eine regionale Arbeitsmarktförderung gesehen werden. Die extensive Landwirtschaft mit ihrer personalintensiveren Wirtschaftsweise könnte zusätzlich den regionalen Arbeitsmarkt ankurbeln.

Eine extensive Landwirtschaft, nachhaltige, biologische Landwirtschaft, die Herstellung gesunder Lebensmittel im allgemeinen, sowie Instrumente der Direktvermarktung von regionalen Produkten tragen in besonderem Maße zur Stärkung des Selbstbewußtseins der lokalen Bevölkerung und zum Kulturlandschafts- und Freiflächenschutz bei.

- Es sollten Kategorien und Prioritäten innerhalb der Freiflächen festgelegt werden (**Vorranggebiete für...**) um diese gezielt und besser schützen zu können.
- Eine flächenhafte **ökologische Bewertung der gesamten Landschaft** könnte eine Hilfestellung bei der Beurteilung von geplanten Eingriffen in den Naturhaushalt darstellen und beim Aussuchen von Flächen für unterschiedliche Nutzungen helfen, bzw. Fehlplanung vermeiden.
- Freiflächen zwischen den einzelnen Ortschaften und Gemeinden sind durch Zersiedlung und Zerschneidung (Straßenbau) bedroht, es sollten Maßnahmen zur **Siedlungsbegrenzung** und keine weiteren Industriezonen mehr in den jeweiligen P.A.G. ausgewiesen werden (wie z.B. die Ausdehnung der "ZARE" neben der Industriebrache Halde-Ehlerange). Eine stärkere Kooperation zwischen den Gemeinden könnte helfen, solche Probleme zu erkennen und gemeinsame Lösungen zu finden (Kooperation zur Vermeidung von Konflikten).
- Freiflächen sollten auch innerhalb der Siedlungen und zwischen den Ortschaften erhalten bleiben (Nutzung z.B. als Kinderspielplätze, Parkanlagen zur Naherholung, ...) zur Erhöhung der Lebensqualität in der Region. Wichtig ist auch die Vernetzung (Biotopverbund) der Freiräume (und der Naturschutzgebiete) untereinander!

⇒ Der **Regionalplan oder regionaler Landschaftsplan** dient als **planerisches Instrument** und **Programm** zur (Kultur)Landschaftserhaltung und -renaturierung. Ein darauf aufbauender **Aktionsplan** definiert den Umsetzungszeitrahmen, das Finanzvolumen, neue und bestehende Förderprogramme, Flächenankäufe und eventuell Felderzusammenlegung zwecks Arrondierung von Schutzgebieten.

Die **Gewässer** (Fließgewässer) der Region sollten renaturiert werden. Innerorts könnten derart renaturierte Bäche die Rolle einer sogenannten "*trame verte*" (innerörtliche Grünverbindungen) übernehmen, auch im Sinne der angesprochenen Vernetzung.

Der Gewässerschutz muß als **regionales und grenzüberschreitendes** Problem erkannt und gelöst werden, ins besondere im Bezug auf die Wasserqualität, denn z.B. die Alzette weist bereits erhebliche Belastungen auf, wenn sie auf der Grenze in unser Staatsgebiet fließt. Die Altlasten stehen in engem Zusammenhang mit dem Gewässerschutz (Quellenschutz) und sollten auch in diesem Zusammenhang aufgenommen und saniert werden.

Das Thema **Wasserwirtschaft** (auch im Zusammenhang mit anderen Ressourcen wie Boden, Luft, ..) konnte in der kurzen Zeit nicht ausdiskutiert werden, eine Vertiefung der Diskussionen ist erwünscht!

Im Bereich **Abfallwirtschaft** ist eine bessere Koordination zwischen den Gemeinden erwünscht, das Erstellen eines regionalen Abfallwirtschaftskonzeptes scheint dringend notwendig.

Die **Altlasten** müssen im Rahmen eines Altlastenkataster erfaßt werden. Bei der Sanierung wurden zwei Ansätze andiskutiert:

- Eine nutzungsorientierte Sanierung durchführen, (dies wird im Rahmen der Rekonversion der Brachen diskutiert): z.B. Einrichten eines versiegelten Parkplatzes auf extrem verseuchten Standorten - Altlasten werden zudeckt.
- Im Hinblick auf den Ressourcenschutz (Boden, Wasser, Luft), den Schutz der Landschaft allgemein, die Verbesserung Lebensqualität der Einwohner der Region und die Verbesserung des "Image" des Südens (auch im Zusammenhang mit Tourismus und Freizeitaktivitäten) sollte jedoch eine integrale Sanierung erfolgen.

Die Altlasten müssen insgesamt erfaßt werden und dann kann erst entschieden werden, welche Methode angemessen ist (→ Erstellung eines **Altlastenkatasters** und Sanierung der belasteten Flächen).

→ Beide letztgenannten Themenbereiche konnten in der kurzen Zeit nicht ausdiskutiert werden, eine Vertiefung der Diskussionen ist erwünscht, ebenso für die Themen Ressourcenschutz (Boden, Luft, ...) auch hier konnte die Problematik nur im Zusammenhang mit anderen Themen kurz angesprochen werden. Eine zweite thematische Arbeitsgruppe zur Weiterführung des Austausches der Ideen wurde vorgeschlagen.

Zur besseren Veranschaulichung und Diskussion, bzw. Entscheidungsfindung sämtlicher andiskutierter Themenbereiche (und im speziellen im Hinblick auf den Arten- und Naturschutz) sind verschiedene **Inventararbeiten** durchzuführen, zu aktualisieren (z.B. Biotopkartierungen, Stadtbiotopkartierung, Aktualisierung der Landschaftspläne (Plan Vert), Sonderkartierungen einzelner Arten oder Artengruppen, Baumkataster, ...). Ein gewisses zusätzliches Inventar liegt bei anderen zuständigen Stellen, wie z.B. dem Natur-Museum auf und sollte in die anstehenden Arbeiten einfließen bzw. entsprechend für die Region aufgearbeitet werden.

Im Bereich der **Sensibilisierung der Öffentlichkeit** und der "Imagepflege" ist besonderer Wert auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu legen und ihre Interessen und Bedürfnissen stärker Rechnung zu tragen. Eine positive Vermarktung der Region ist ein wichtiger Bestandteil beim Aufbau eines lokalen Tourismus und trägt ebenfalls zur "Imagepflege" bei.

Vor Beginn der zweiten Diskussionsrunde gab die Moderatorin Chantal Zeyen nochmals einen Überblick über die in der ersten Runde andiskutierten Themen, anhand der auf den Plakaten gruppierten und in der Pause aufgehängten Stichwortkärtchen. Da man sich einig war in der Arbeitsgruppe, daß alle wichtigen Themen angesprochen wurden, konnte man zum zweiten Teil der Diskussionsrunde übergehen.

4.4.2.2. Handlungsbedarf und Projektansätze

(Teil 2: Diskussion "Maßnahmen, Strukturen und Instrumente")

- Eine Überarbeitung der Biotopkartierungen (und Stadtbiotopkartierungen) und der Landschaftspläne wird gefordert als Basisinstrumente für weitere Planungen und Maßnahmen wie z.B. ein **regionaler Landschaftsplan**, der Aufbau eines regionalen Biotopverbundsystems, (alle Gemeinden der Region verfügen über eine Biotopkartierung und einen Landschaftsplan, Forderung der rechtlichen Festlegung des Landschaftsplanes, da die Pläne zu wenig berücksichtigt wurden).

Neben diesen flächigen Maßnahmen wurde auch auf die Wichtigkeit von Programmen und Instrumenten zur Vernetzung der vorhandenen Biotope hingewiesen.

Als **Instrumente** wurden andiskutiert:

- **Förderprogramme** / Fördermittel (bestehende Programme nutzen, neue Mittel fordern) (→ siehe u.a. die Bereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz, Erholung/Tourismus, ...)
- Eine neue **regionale Struktur** muß geschaffen werden, um die Zusammenarbeit in der Region besser zu organisieren.
Die Zusammenarbeit im Süden kann über ein neues Syndikat ("**Regional-Syndikat**") und/oder über andere Strukturen geschehen.
Bestehende Syndikatsstrukturen sollten überdacht und gegebenenfalls neu organisiert werden (wichtig: Inventar bestehender Syndikate, auf bestehenden Syndikaten aufbauen und nicht noch neue schaffen, sonst sind die Gemeindevertreter überfordert; z.B. Zusammenschluß und Neuorganisation nach dem Beispiel "Leader-Programm").
Aus Sicht des Naturschutzes stellt sich öfter ein Problem innerhalb sehr großer, themenübergreifender Strukturen (Syndikate) und zwar die mangelnde Berücksichtigung spezifischer naturschützerischer Probleme, sowie die Überforderung und die mangelnde fachübergreifende Kompetenz von Gemeindevertretern.
Themenspezifische Syndikate, wie der Sicona, sollten für die gesamte Region ausgebaut werden.
Die Gründung eines Regional-Syndikates muß möglichst rasch umgesetzt werden, eine Untergliederung nach thematischen Achsen und eine Besetzung der Gremien mit fachlich kompetenten Personen würde die Effizienz der Arbeit erhöhen. Betroffene und interessierte Bürger sind verstärkt in solche regionale Gremien einzubinden.
Ein regelmäßiges Treffen der gewählten Gemeindevertreter (z.B. zweimal im Jahr) zur Abstimmung der gemeinsamen Ziele und Wünsche ("**Regional-Parlament**"), sollte zur Festigung einer gemeinsamen Position der Gemeinden führen auch gegenüber staatlichen Planungsstellen und Entscheidungsträgern. Eine starke regionale Struktur könnte der Auslöser für eine bessere Koordination innerhalb der staatlichen Verwaltungen sein.
Weitere Regional-Konferenzen sowie thematische Arbeitsgruppen mit fachlich kompetenten Personen bzw. gemischte Gruppen (Staat/Gemeinden/Verbände) sollten die heute begonnene Arbeit weiterführen.
- Um möglichst rasch mit der Umsetzung konkreter Projekte beginnen zu können, sollte ein "**Regional-Fonds**" – gespeist vom Staat und von den Gemeinden - eingerichtet werden. Zur Zeit werden Subventionen proportional zur Bevölkerung der Gemeinden berechnet und verteilt, diese Gelder sollten integral in diesen Fonds fließen. Der Finanzschlüssel der Gemeindebeiträge müsste neu organisiert werden. Ein neuer Verteilungsschlüssel sollte eher projektgebunden arbeiten und Projekte mit regionalem Charakter (ausgesucht **nach regionalen Kriterien**) fördern.
Die Geldmittel aus dem Regional-Fonds müssen sowohl für Verbände und Personen (animateur regional) zur Verfügung stehen, als auch für direkte konkrete Projekte und zur raschen Umsetzung dieser führen.
- Eine **aktive Beteiligung der Bürger** – in Arbeitsgruppen / Zukunftswerkstätten / ... sollte über die Gemeinden geschehen. Die betroffene Bevölkerung muß aktiv an der Regionalplanung beteiligt werden, wichtig ist dabei eine fachliche Unterstützung und Leitung dieser Arbeitsgruppen

- Es sollte zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit den bestehenden **Verbände** (regionale und nationale Natur- und Umweltschutzverbände, sowie lokale Interessensverbände) auf regionaler Ebene kommen. Je nach Bedarf und Entwicklung in den vorher besprochenen regionalen Gremien, können zusätzlich themengebundene regionale Verbände entstehen. Die Geldmittel aus dem Regional-Fonds sollten auch für die Arbeit in den Verbänden und für direkte Umsetzungen und kurzfristige konkrete Projekte zur Verfügung stehen. Im Regional-Fonds sollten auch Mittel zur Finanzierung von Personen zur Verfügung stehen, wie z.B. den später angesprochenen "*animateur regional*".
- "**Animateur regional**" – für Jugend- und Naturschutzarbeit (Naturschule, didaktische Aufbereitung des "patrimoine naturel/culturel"), zur Unterstützung der Arbeit der neuzuschaffenden regionalen Gremien.
- Verbesserung des **Dialoges** in und zwischen den Verwaltungen und mit den Gemeinden.

4.5 Arbeitsgruppe 5: Freizeit-Kultur-Tourismus: drei Markenzeichen der Region?

Moderation und Berichterstattung: Hans-Walter Wonn (Oeko-Bureau)
Nicole Skirde (Büro Zilm)

Teilnehmerliste: s. Anhang

4.5.1. Einleitendes Statement mit den Leitideen und Entwicklungszielen

Als Einstieg in die Diskussion wurden von Herrn Wonn einleitend einige Bemerkungen über den jetzigen Stand der Diskussion gegeben, insbesondere welche Ideen und Zielvorstellungen sich im Laufe des Prozesses der Ausarbeitung des Regionalplanes bisher herauskristallisiert haben. Dabei wurde sich bezogen auf das Positionspapier des Innenministeriums, auf die Stärken-Schwächen-Analyse für die Region, die 1998 ausgearbeitet wurde, sowie auf die Informationen, die durch die Gespräche mit verschiedenen Experten, seien es Verwaltungsangestellte oder ehrenamtlich tätige Personen, in Erfahrung gebracht werden konnten.

Aus dem einleitenden Statement abgeleitete Leitideen und Entwicklungsziele

Kultur

- Kulturszene ausbauen/Besonderheiten
- Industriekultur aufwerten
- Zentrum für Industriekultur schaffen
- grenzüberschreitendes Potential besser nutzen
- regionales Denken fördern
- Kooperation fördern
- Professionalität verbessern
- regionale Struktur schaffen
- sektoriellen Plan "Kultur" aufstellen
- Kulturfonds schaffen

Tourismus

- touristisches Angebot erweitern
- Attraktionspunkte erhöhen / vernetzen
- Angebot diversifizieren
- Kongresstourismus fördern
- Event-Tourismus fördern
- Übernachtungsmöglichkeiten schaffen
- Tourismuskonzept erstellen
- Regionale Organisationsstruktur aufbauen
- Angebotsmarketing verbessern
- Professionalität verbessern
- regionale Kooperation verbessern

Freizeit/Naherholung

- Erlebnisraum Brache fördern
- Zone verte interurbaine aufwerten
- Naherholungsräume vernetzen
- Idee „Regionaler Landschaftspark“ fördern

4.5.2 Diskussion

4.5.2.1 Diskussion über die Leitideen und Entwicklungsziele

Über die genannten Leitideen und Entwicklungsziele herrschte ein breiter Konsens im Sinne einer Zustimmung. Kontrovers diskutiert wurde über die Schaffung eines regionalen Kulturfonds.

In der Diskussion wurden verschiedene Punkte vertieft und zusätzliche Punkte neu angesprochen.

Kultur, Ausstattung und Inhalte

Bei der Diskussion zum Thema Kultur wurde als einer der wesentlichsten Aspekte herausgestellt, daß **nicht nur über die infrastrukturelle Ausstattung** diskutiert werden sollte, sondern auch um **Inhalte und Personen**, die sich im Kulturbereich engagieren und das bestehende und sich entwickelnde Angebot professionell nach außen transportieren sollen.

Die **Kultur ist als Eigenwert** anzusehen, unabhängig in einem ersten Ansatz von einer möglichen touristischen Vermarktung, da die Qualität des kulturellen Lebens mitbestimmend ist für die Attraktivität der Region, die Lebensqualität der Bürger in der Region sowie für die Identifizierung der Bewohner mit ihrer Region.

Kultur als Eigenwert zu betrachten und eine **Vermarktung** schließen sich aber nicht aus. Insbesondere die Zeugen der Eisen- und Stahlindustrie werden als kulturhistorisch bedeutende Elemente herausgestellt, die neben ihrer Bedeutung für die **Identität der eigenen Bevölkerung** auch als **Touristenattraktionen** vermarktet werden sollen.

Regionaler Kulturfonds

Das Thema eines **regionalen Kulturfonds** wurde kontrovers diskutiert. Einigkeit bestand darin, daß für eine professionelle Umsetzung der notwendigen Maßnahmen im Kulturbereich **Gelder zur Verfügung gestellt** werden müssen. Ein regionaler Fonds, in den z.B. die Gemeinden, aber auch der Staat einzahlen sollen, könnte eine mögliche Finanzierungsstruktur darstellen. Dem wurde entgegengehalten, daß auf nationaler Ebene bereits ein Kulturfonds besteht, über den die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Gleichzeitig wird es für sinnvoll gehalten, die Gemeinden nicht aus der Pflicht zu nehmen und so den Bestand eines kommunalen Kulturretats zu sichern. Darüber hinaus sollte es der Region insgesamt möglich sein, aus dem nationalen Kulturfonds für regionale Projekte Gelder zu erhalten. Im Zusammenhang mit dem nationalen Kulturfonds wurde bedauert, daß der sog. „Plan de développement culturel“ auf staatlicher Ebene nicht mehr existiert, sondern nur noch eine **auf Infrastruktureinrichtungen zielende Fördermittelstruktur** besteht. Dies wird als weiteres Zeichen dafür gesehen, daß zuviel von Infrastrukturen und zuwenig von Inhalten gesprochen wird.

Es herrschte Einigkeit darüber, daß Einrichtungen, die für das kulturelle Leben der Region von großer Bedeutung sind, finanziell zu wenig unterstützt werden (z.B. Kulturfabrik).

Angebots- und Vermarktungssituation im Kultur- und Tourismusbereich

Es wird beklagt, daß es bisher **weder eine quantitative noch eine qualitative Bestandsaufnahme des Inventars des kulturellen und touristischen Angebots** in der Region gibt. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf den qualitativen Aspekt gelegt werden.

Die Südregion verfügt über eine gewisse Hotelinfrastruktur. Die **Hotels**, die gut ausgelastet sind, sind fast ausschließlich von **Geschäftsreisenden** belegt. Touristen sind in den Hotels kaum zu finden. Dies bedeutet auch, daß die Hotels nur unter der Woche belegt sind, während an den Wochenenden Hotelkapazitäten frei bleiben. Dies wird damit erklärt, daß die Verantwortlichen der Hotels in der Region kein Bewußtsein dafür haben, daß die Region auch einen Wert als Tourismusregion haben kann und dementsprechend auch keine Anstrengungen unternehmen, um sich besser zu vermarkten. Eine **bessere Nutzung der Hotelkapazitäten**, beispielsweise durch Package-Angebote, wird daher für wünschenswert erachtet. Zudem fehlt eine **Jugendherberge**, um auch jüngere Leute zu einem längeren Aufenthalt in der Region zu günstigen Preisen bewegen zu können.

Die **Vermarktung** stellt insgesamt das **Hauptproblem im Tourismusbereich** dar. Es fehlt an Bewußtsein, an Initiativen, an Professionalität und zum Teil an den notwendigen finanziellen Mitteln. Das Engagement der Südgemeinden im Rahmen der zentralen Vermarktung auf nationaler Ebene ist nur minimal.

Die neu definierte Südregion entspricht nicht der touristischen Region Süden. Dadurch kann es zu Koordinierungsschwierigkeiten in der Vermarktung kommen.

Identitätsdiskussion

Es wird hervorgehoben, daß der Süden eine **starke Region** ist, die entsprechend ihrer hohen Bedeutung für das Land auch dementsprechend auftreten kann. Dieses Bewußtsein sollte den Menschen in der Region stärker vermittelt werden.

Regionaler Landschaftspark

Die Einrichtung eines **regionalen Landschaftsparkes wird einhellig begrüßt**. In ihm sehen die Diskussionsteilnehmer ein wirkungsvolles Instrument zur räumlichen und funktionalen Vernetzung.

4.5.2.2. Handlungsbedarf und Projektansätze

Im zweiten Teil der Diskussion wurde basierend auf den Leitideen aus Block 1 der Handlungsbedarf definiert und zum Teil bereits konkrete Projektansätze genannt.

Schaffung einer Einrichtung mit einer Kopffunktion für die gesamte Region

Es wird herausgestellt, daß die Region über wichtige kulturelle und kulturhistorische Einrichtungen verfügt. **Was fehlt, ist jedoch ein übergeordnetes Highlight**, das auf kultureller und touristischer Ebene eine Kopffunktion für die gesamte Region übernehmen kann.

Projektansätze

Eine Konzeption für die Schaffung eines „**Zentrums für Industriekultur**“ liegt vor. Dieses Konzept sieht vor, die gesamte Hochofenterrasse auf Belval für den Aufbau eines solchen Zentrums zu nutzen, mit den Schwerpunkten **“documentation, animation et recherche”**. Es besteht dabei die Möglichkeit, neue Wege in der Präsentation zu beschreiten und somit eine Einrichtung zu schaffen, die für die Region von großer Bedeutung ist und gleichzeitig überregional touristisch vermarktet werden könnte.

Das Konzept ist mittlerweile schon fast ein Jahr alt, ohne daß konkrete Schritte zur Umsetzung unternommen wurden.

Festlegung von Inhalten und Konzeptionen im Kulturbereich

In der Region sollte eine **breite Diskussion über die Inhalte und die Konzeptionen im Kulturbereich** stattfinden. Neben den Infrastrukturen sind insbesondere die Angebote wichtig, um die Leute anzusprechen und eine stärkere Identifikation mit der Region zu erreichen. Zum Teil ist die Ortskenntnis der Bevölkerung in der Region, was die Nachbargemeinden angeht, mangelhaft. Es muß eine **Konzeption** entwickelt werden, die auch die lokale Bevölkerung anspricht.

Schaffung von Identität und einem Bewußtsein für die Region

Der Verlust der Identität wird als große Gefahr in der Region gesehen.

Projektansätze:

Das genannte **Projekt „Zentrum für Industriekultur“** auf Belval wird auch in hohem Maße als identitätsstiftend angesehen.

Durchführung eines Pilotprojektes auf einer Industriebranche

Es wird für wichtig angesehen, über ein **Pilotprojekt die Bedeutung der Industriebranchen** für die kulturelle und touristische Entwicklung der gesamten Region herauszustreichen.

Projektansätze

Auch in diesem Zusammenhang wird auf die Bedeutung des geplanten Projekts auf Belval verwiesen.

Schaffung einer regionalen Struktur

Zur Wahrnehmung der vorhandenen und entstehenden Aufgaben in den Bereichen Konzeption und Koordination wurde die **Einrichtung einer regionalen Struktur** für notwendig erachtet.

Projektansätze

Es wurde begrüßt, daß die **Schaffung eines Regionalsyndikats** vorgesehen ist. Es muß jedoch gewährleistet werden, daß in diesem Syndikat auch die kulturellen Aspekte eine entsprechende Berücksichtigung finden.

Zurverfügungstellung von ausreichend finanziellen Mitteln zur Erhaltung und Optimierung des Kulturbetriebes

Der gesamte Kulturbetrieb, sei es die Durchführung von Veranstaltungen oder die Erhaltung oder die Entwicklung von Einrichtungen der Industriekultur sowie deren Vermarktung sind nur

durch die **Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel** zu gewährleisten. Derzeit sind kulturelle Angebote, wie z.B. in der Kulturfabrik, nur durch ehrenamtliche Arbeit möglich.

Durchführung einer Bestandsaufnahme der kulturellen und touristischen Strukturen und Angebote

Als Grundlage zur Definierung der künftigen Entwicklungsziele sollte eine **Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen und Angebote** durchgeführt werden. Diese Bestandsaufnahme sollte neben quantitativen vor allem unter qualitativen Aspekten erfolgen. Zum Teil fehlen geeignete Infrastrukturen, wie eine Rockhalle, denn Sporthallen sind für Konzerte aufgrund der Akustik weniger geeignet.

Projektansätze

Ein konkreter Projektansatz besteht bisher nicht. Es wurde vorgeschlagen, zu prüfen, inwieweit das **ORESUD** mit einer derartigen Aufgabe betraut werden könnte.

Erhaltung einer vielfältigen Kulturszene

Es wurde darauf hingewiesen, daß sich in Zukunft nicht alles um Großprojekte drehen sollte, sondern die Vielfalt der Kulturszene erhalten und ausgebaut werden sollte. Die Kulturszene lebt auch und vor allem von den „**kleinen, Aktivitäten und Angeboten**“, die sich auch selbst entwickeln können. Die **Spezifitäten in der Region** sollten erhalten bleiben und **Kooperationen** gefördert werden. Durch **ausreichende finanzielle Mittel** sollten die notwendigen Freiräume geschaffen werden.

Optimierung der touristischen Vermarktung

Es wird als notwendig erachtet, daß **das Bewußtsein** für den touristischen Wert der Region bei den Gemeinden und Privatpersonen **gefördert** wird. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um das touristische Angebot auszubauen und professioneller zu vermarkten. Dabei liegt der touristische Wert nicht nur im industriellen Erbe.

Verbesserung der Professionalität

Der Mangel an Professionalität wird im Kultur- und Tourismusbereich als schwerwiegender Nachteil empfunden. Es wurden Beispiele genannt, die die **mangelnde Professionalität** eindringlich veranschaulichen. So ist es im Kultursektor nicht möglich, daß die verschiedenen Kulturstätten in Esch gemeinsam ihre Programme verschicken. Im Tourismusbereich steht hinter der Vermarktung kein professioneller Gedanke, sowohl bei den Gemeinde als auch bei Privatleuten.

Projektansätze

Das Konzept für ein Zentrum für Industriekultur in Belval kann nur mit professionellen Strukturen umgesetzt werden, die bereits bei der Vorbereitung des Projektes geschaffen werden sollen. Über diesen Ansatz kann Professionalität in der Region entstehen, die dann weitergegeben werden könnte. Auf anderen Feldern sind solche Ansätze noch nicht zu sehen.

Schaffung von Vernetzungen, Nutzung von Synergien und Austausch von Know-how

In allen Bereichen wird die **fehlende Kooperation** bemängelt, die sowohl zwischen den Gemeinden, aber auch zwischen Gemeinden, staatlichen Stellen oder Privatleuten und -initiativen besteht. Als konkretes Beispiel wurde die geplante Einrichtung einer Musikhalle auf Belval genannt, wo Berührungspunkte mit der bestehenden Kulturfabrik als Veranstaltungsort auftreten. Ein Dialog hat aber nicht stattgefunden. Bestehende Strukturen und Projekte, wie z.B. die Kulturfabrik sollten gefördert werden und das dort erworbene Know-how sollte anderen Trägern zugänglich gemacht werden.

Projektansätze

Im Bereich der Kultur wurden **bisher verschiedentliche Vernetzungen und Kooperationen** in die Wege geleitet (z.B. Fond de Gras). Auch die Konzeption für Belval sieht eine Vernetzung des industrikulturgeschichtlichen Erbes vor. Auf Know-how aus dem Ausland (z.B. Völklinger Hütte) wird zurückgegriffen, so daß auf Belval ein komplementäres Angebot entstehen kann. Auf anderen Feldern bestehen noch viele Defizite hinsichtlich der Kooperation.

Ausbau verschiedener Attraktionen des Bergbaus

Es wird angeregt, speziell die Strukturen, die den **Abbau der Minette** veranschaulichen, stärker auszubauen (z.B. Ausbau des Grubenmuseums, Vernetzung verschiedener Attraktionspunkte über ein Schienennetz, Revitalisierung von Seilbahnen u.a.).

Verhältnis von Kultur/Tourismus/Naherholung zur Raumplanung

Diese Themenbereiche sind **raumplanerisch von großer Relevanz**. Zum einen stellt sich die Frage, wie die **Industriebrachen** mit **öffentlichen Verkehrsmitteln** erschlossen werden können und zum anderen wie sie untereinander (auch grenzüberschreitend) verbunden werden können. In diesem Zusammenhang wurde auch angemerkt, daß der für Belval geplante Kinokomplex aus Gründen der Stadtentwicklung, die den Standort **Innenstadt stärken** will, in die Innenstadt, beispielsweise an den Bahnhof gehört und nicht auf Belval. Auch die Ansiedlung einer Freizeitgroßeinrichtung auf einer Industriebrache wurde angesprochen.

Verbesserung der touristischen Infrastruktur

Die verschiedenen touristisch interessanten Orte in der Region sollten über ein **ÖPNV-Netz** erreichbar sein und stärker untereinander verbunden werden. Der Bau einer **Jugendherberge** wird für notwendig erachtet. Angeregt wurde die Einführung einer **Luxembourg-Card**, die neben der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel auch freien Eintritt in allen Luxemburger Museen bietet.

Projektansätze

Es existiert eine Linie (698), die bereits 20 Standorte in der Region anfährt (hopp on/hopp off).

Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Öffentlichkeitsarbeit

Die Schaffung einer **zentralen Anlaufstelle** in der Region wird als ein wichtiger Schritt für die touristische Vermarktung der Region gesehen. Für die Anlaufstelle müßten finanzielle Mittel und professionelles Personal bereitgestellt werden. Informationen zum landesweiten kulturellen Angebot gibt es bisher nur auf nationaler Ebene mit der vom Office Nationale du Tourisme herausgegebenen Zeitung „Agenda“. Speziell fürs Minette sollte eine effektive Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden.

Einrichtung eines regionalen Landschaftsparkes

Bei der Einrichtung eines **regionalen Landschaftsparkes** sollte die Idee der Vernetzung im Vordergrund stehen. Es wurde angeregt, unter dem Dach eines regionalen Landschaftsparkes das **Netz an Naherholungsinfrastrukturen** aufzuwerten und auszubauen.

Als wichtige Elemente der Vernetzung wurden Wander- und Radwege angesehen. Da bei allen Gemeinden der Wunsch besteht, hier verstärkt Aktivitäten zu entwickeln, scheinen hier kurzfristig Maßnahmen umsetzbar zu sein. Es wird angeregt, Strukturen zu schaffen, die für die Umsetzung der Idee des regionalen Landschaftsparkes notwendig sind. Dabei sollte möglichst grenzüberschreitend geplant werden.

Klärung der Eigentumsverhältnisse bei den Industriebrachen

Es wurde für notwendig erachtet, die **Verfügbarkeit der Industriebrachen**, die sich noch im Besitz der Arbed befinden, zu klären, da dies eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung verschiedener Projekte mit kultureller und touristischer Bedeutung ist. Die **Altlastenproblematik** spielt hier eine besondere Rolle. In diesem Zusammenhang sollte auch die Organisationsform für die Erschließung der Industriebrachen festgelegt werden.

Projektansätze

Vorgeschlagen wird die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft.

Ausarbeitung einer Kulturcharta

Es wird der Wunsch geäußert, eine **Kulturcharta** innerhalb der Region Süden zu erarbeiten und diese von den Kommunen unterzeichnen zu lassen. Mit dieser Selbstverpflichtung sollten kulturelle Rechte und Pflichten der Gemeinde festgeschrieben werden.

Fortführung der Gespräche

Es wurde begrüßt, daß mit der **Regionalkonferenz ein Forum geschaffen** wurde, wo über die Themen Kultur, Freizeit und Tourismus auf regionaler Ebenen diskutiert werden kann. Die Weiterführung dieser Gespräche wird als notwendig angesehen. Die Diskussionsteilnehmer erklärten sich bereit, auch **weiterhin aktiv in (thematischen) Arbeitsgruppen** (Regionalkonferenz, beratendes Gremium u.a.) mitzuwirken.

5. Schlussfolgerungen

Am Ende der verschiedenen Arbeitsgruppensitzungen wurden Schlussfolgerungen angesprochen und Überlegungen zur weiteren Vorgehensweise andiskutiert.

Die Schlussfolgerungen waren überwiegend themenspezifisch. Bei der Diskussion der weiteren Vorgehensweise, die überwiegend Aussagen über den weiteren Prozeß beinhaltete, waren für die verschiedenen Arbeitsgruppen Übereinstimmungen festzustellen.

So wurde in praktisch allen Arbeitsgruppen eine **Verbesserung der Kooperation** gefordert, sowohl zwischen den Gemeinden in der Region, zwischen dem Staat und den Gemeinden in der Region und mit den ausländischen Nachbarn.

Als prioritär wurde die **Schaffung einer regionalen Struktur** angesehen.

Arbeitsgruppe 1: Mehr Wohnqualität durch eine koordinierte Siedlungsentwicklung

- Die Schaffung einer **regionalen Struktur** erscheint vorrangig für eine zukünftige **qualitätsorientierte Siedlungsentwicklung** der Südregion. Die Konstituierung eines **regionalen Bauamtes** wurde angeregt. Dieses könnte einheitliche Richtlinien für die Siedlungsentwicklung der Region formulieren aber auch eigenständig Lotissementpläne erstellen.
- Als größtes Problem wurde der zunehmende Flächenbedarf durch Bevölkerungszug von aussen in die Region vor dem Hintergrund der jetzt schon vorhandenen Flächenengpässe betrachtet. Mögliche Lösungsansätze für nachhaltiges Bauen (**Nachverdichtung, Sanierungsmaßnahmen in den Ortszentren, flächensparende Bauweisen, fiskalische Instrumente**) wurden kontrovers diskutiert.
- Die Bevölkerung muß durch entsprechende **Pilotprojekte** sensibilisiert werden, um die Qualität des so entstehenden neuen Wohnraumes zu erkennen. Wohnungsbauprämien könnten an nachhaltige Qualitätskriterien gekoppelt werden.
- Weiterhin wurde gefordert, daß jeder Bebauungsplan von einem städtebaulichen Entwurf abgeleitet werden muß.
- Die Erstellung gemeindlicher **Baulückenkataster** muß darüber hinaus in Angriff genommen werden, damit die unbebauten baureifen Grundstücke mit höheren Steuern und Infrastrukturabgaben belegt werden können.
- Im Falle der **Nutzung der Industriebrachen** mit Wohnbebauung muß auf eine hohe Wohnqualität hingewirkt werden, z.B. durch die Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben vor Ort.
- Der Informationsstand der Gemeinden hinsichtlich der Steuerungsmöglichkeiten für nachhaltige Bauweisen und nachhaltige Flächennutzung ist bei den Gemeinden selbst sehr unterschiedlich ist. Hieraus wurde konsequenterweise abgeleitet, daß seitens der zuständigen Ministerien eine **verbesserte Informationspolitik** betrieben werden muß.

Arbeitsgruppe 2: Förderung der Lebensqualität durch nachhaltige Mobilität

Folgende Ideen und Thesen wurden zur schrittweisen Umsetzung formuliert:

- Neue **Planungskultur in der Verkehrs- und Siedlungsplanung**: Bei Neu- und Umplanungen prioritäre Berücksichtigung der Anforderungen des nicht motorisierten Verkehrs (Fußgänger und Radfahrer) und des ÖV.
- **Schrittweiser Aufbau einer Infrastruktur für den Fahrradverkehr** (aufbauend auf den Fahrradwegen und -routen des Freizeitverkehrs). Berücksichtigung des Fahrrades als Komplementär des ÖV, das bedeutet die Schaffung von diebstahlsicheren und wettergeschützten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Bahnhöfen und Haltestellen.
- Errichtung einer **Mobilitätszentrale** für die Region **Süden**. Das Leistungsspektrum einer Mobilitätszentrale Süden kann folgende Leistungen umfassen: Koordination des ÖV in der Region (Qualitätsmanagement im ÖV und ein effizientes, kundenorientiertes Beschwerdemanagement); Buchung und Dispositionszentrale für ein Anruf-Sammel-Taxi; verkehrsträgerübergreifende Informationen (Zug, Bus, Taxi etc.); Betreuung und Beratung von Kunden (aktives Anwerben von Kunden für den ÖV, etwa durch Mobilitätsberatung in Betrieben, Betreuung des Schülerverkehrs); Fahrkartenverkauf etc. Das Leistungsspektrum kann sehr umfangreich sein, wobei am Anfang eine Konzentration auf einige Kernbereiche notwendig sein wird.
- **Neugestaltung des ÖV-Netzes** in der Region Süden und Aufbau eines grenzüberschreitenden ÖV-Netzes. Ausgangspunkt einer Neuausrichtung des ÖV-Netzes kann auch eine Teilnahme aller Gemeinden der Region Süden am TICE sein.
- Umfassende **Qualitätssteigerung im ÖV** entsprechend dem angeführten Maßnahmenbündel (Verbesserung der Haltestellen, Prioritäten für den ÖV, Abstimmung der Fahrpläne, Verbesserung der Information).
- Sicherung der **Verknüpfungen zwischen den Verkehrsmitteln**, etwa durch verbesserte Gestaltung von ÖV-Knoten (Zug, Bus, Fußgänger und Radfahrer) oder durch verbesserte P+R Anlagen in der Nähe der Wohnorte (z.B. kurze und sichere Zugangswege).
- Einführung eines **umfassenden Marketings für den umweltverträglichen Verkehr** (Fußgänger, Radfahrer und ÖV) unter Einbeziehung der Entscheidungsträger.

Arbeitsgruppe 3: Der Süden – eine attraktive Region für Arbeitnehmer und innovative Wirtschaftsunternehmen?

Vor dem Hintergrund einer emotional und von der Tagespolitik geprägten Diskussionsrunde konnte eine Übereinkunft bei den Akteuren der Arbeitsgruppe wahrgenommen werden. Diese äußerte sich in den klar von Teilnehmern formulierten Hauptaussagen der Arbeitsgruppe:

- Sofortige **Errichtung eines runden Tisches** der Gemeindebürgermeister der 12 Gemeinden, um die **Koordination und Kooperation** zwischen den Gemeinden zu stärken
- Sofortiger Einsatz einer **« Groupe mixte »**, um eine gute Koordination zwischen Gemeinden und Staat zu gewährleisten
- Politisch **gleichberechtigte Mitarbeit der Gemeinden** als Grundvoraussetzung einer Kooperation mit dem Staat an einer regionalen Organisationsstruktur
- Verstärkte Kooperation und Abstimmung mit den französischen und belgischen Nachbargemeinden und -regionen
- Evaluation der Zielerreichung und Wirtschaftlichkeit der Förderungen für den PED
- Kleine **regionalbezogene Projekte** unter Mitarbeit privater Initiativen sofort beginnen, um positive Beispiele zu demonstrieren und den Mehrwert der regionalen Kooperation zu unterstreichen

- **Beteiligung der Forces Vives** und ggf. von Anwohnern am Entscheidungs- und Planungsprozeß
- Förderung des **Schul- und Weiterbildungssektors** in den Gemeinden des Südens
- **Förderung von KMU** in zukunftsorientierten Branchen, wobei die Tragfähigkeit und Standortvoraussetzungen ausreichend analysiert werden sollten
- Alle **Brachen und Halden** müssen in einen Pool und vom Staat aufgekauft werden
- **Verfügungsgewalt** über alle Brachen und Halden der Region bei der **zu schaffenden regionalen Struktur** durch Übergabe des Staates
- **Auflösung der GIE**
- Förderung des Prozesses der **Bewußtseinsbildung** hin zu einer Region Süd
- Professionelle **PR- Kampagne** für den Süden, um ein neues regionales Image zu entwickeln

Eine abschließende Beantwortung der Frage, ob die Region Süden attraktiv und wettbewerbsfähig ist, konnte von der Gruppe nicht gegeben werden. Neben den strukturellen Erfordernissen wurde aber deutlich, daß die professionelle Imageprofilierung, in Verbindung mit dem vorhandenen und zu fördernden regionalem Know-How, eine zentrale Gegenwartsaufgabe darstellt, um den vollzogenen und sich noch weiter vollziehenden Strukturwandel sozialverträglich zu gestalten und um innovative Unternehmen und Arbeitsplätze sowie Wohnorte mit hoher Wohnumfeldqualität da entstehen zu lassen, wo die Montanindustrie Flächen freigibt. Dabei sollten ein ausreichendes Maß einer Umnutzung von Flächen unter dem Aspekt einer naturverträglichen Rekonversion gesehen werden.

Arbeitsgruppe 4: Natur- und Landschaftsschutz: Chance und Notwendigkeit zugleich?

Als **prioritär**, zur besseren Umsetzung und zur fachlichen Unterstützung werden unter anderem folgende **Ideen** angesprochen:

- Prioritär erscheint die **Schaffung einer Struktur** zum Austausch der politisch verantwortlichen Gemeindevertreter, zur Stärkung des politischen Willens zur **regionalen Zusammenarbeit** (weg von der "Kirchturmpolitik"). Ein regelmäßig Zusammentreffen des Forums, welches in thematische Arbeitsgruppen untergliedert sein sollte, soll die regionalen und transnationalen Probleme diskutieren und die Umsetzung von konkreten Projekten anregen.
- Eine starke **Beteiligung der Bürger** in, über die Gemeinden, fachlich unterstützten Arbeitsgruppen soll die allgemeine Akzeptanz und das Engagement für die Region verstärken.
- Die Erstellung einer **Fehleranalyse** ("Was hat in der Vergangenheit nicht gegriffen?"), ähnlich wie die bereits erstellte Stärken-Schwächenanalyse, kann helfen aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und stellt gleichzeitig eine ideale Ausgangsbasis für neue Diskussionen und Planungsarbeiten dar.
- Die Erarbeitung eines **Regionalkonzeptes** (→ Regionalplan) in Form eines **Aktionsplanes** und Bereitstellung entsprechender Instrumente für die Regionalplanung stellen wichtige Instrumente für die weitere Entwicklung der Region dar.
- Durch die Bereitstellung von **Förderprogrammen**, wobei die Finanzmittel nach regionalen Kriterien ausgewählt werden ("*Wann d'Souen lokal fléißen, wèi soll een dann regional denken?*") und die Durchführung von **Pilotprojekten** (→ "Imagepflege") können

Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden. Dabei verdient die Vernetzung der Probleme und Themen untereinander besonderer Berücksichtigung.

- Der Erhalt und **Schutz der Freiflächen** in der Region Süden muß gewährleistet werden: der Landwirtschaft als Träger der Kulturlandschaftspflege (→ Landschaftsschutz, den lokalen Naherholungsraum erhalten) müssen adäquate ökonomisch tragfähige Instrumente und Fördermittel zur Verfügung gestellt werden (Biotoppflegeprogramme, Hilfe für die Bewirtschaftung von Randertragsflächen, Hilfsprogramme für und mit den Bauern, ...) um diese Funktion nachhaltig erfüllen zu können (Direkt-/Regionalvermarktung, biologische Landwirtschaft, alternative Produkte, gesunde Lebensmittel für die regionale Bevölkerung, ...).
- Vorhandene und auszuweisende **Naturschutzgebiete** können über Landschaftsschutzgebiete untereinander **vernetzt** werden, grüne Korridore und die Kulturlandschaft im allgemeinen spielen dabei ebenfalls die Rolle von Verbundelementen. → Ziel ist der Aufbau eines regionalen und auch grenzüberschreitenden **Biotopverbundsystems**.
- Die Erstellung eines **Altlastenkatasters** und die Sanierung der belasteten Flächen müssen in Angriff genommen werden, wichtig dabei ist die **Gesamtsanierung** und nicht nur eine nutzungsorientierte Teilsanierung spezieller Flächen für besondere Nutzungen !
- Bei der Erstellung eines **Nutzungskonzeptes für die Industriebrachen** müssen sämtliche möglichen Flächennutzungen (Siedlung, Industrie, Freizeit/Tourismus, öffentliche Einrichtungen, Naturschutz, ...) berücksichtigt werden.

Arbeitsgruppe 5: Freizeit – Kultur – Tourismus: drei Markenzeichen der Region?

Als Ergebnisse der Diskussion lassen sich folgende Prioritäten zusammenfassen:

- Es wurde einhellig begrüßt, daß innerhalb des Prozesses der Ausarbeitung des Regionalplanes ein **Forum geschaffen** wurde, wo die Aspekte Kultur/Tourismus/Naherholung auf regionaler Ebene diskutiert werden konnten. Der Diskussionsprozeß ist in Gang gekommen. Eine Grundlage für eine **regionale Zusammenarbeit** ist vorhanden. Es gilt jetzt dafür Sorge zu tragen, daß die Diskussion weitergeführt wird. Die Bereitschaft ist bei den Teilnehmern der Arbeitsgruppe vorhanden.
- Um den Diskussionsprozeß weiterzubringen, wird die **Schaffung eines regionalen Syndikates** begrüßt. Hier sollen, ev. in einer speziellen Arbeitsgruppe, Konzeptionen entwickelt und Projekte umgesetzt werden.
- Als eine der ersten Aufgaben könnte das Regionalsyndikat sich der Aufgabe der Entwicklung eines **regionalen Landschaftsparkes** widmen. Hier besteht ein Interesse der Gemeinden. Projekte können kurzfristig umgesetzt werden.
- Mit der Ausarbeitung und der Unterzeichnung einer **Kulturcharta** sollen die Gemeinden ihre Rechte und Pflichten im Kulturbereich definieren.
- Für Maßnahmen im Kultur- und Tourismussektor sollen die notwendigen **finanziellen Mittel** bereit gestellt werden. Ob dies in Form eines regionalen Kulturfonds geschehen soll, muß noch diskutiert werden.
- Auf Belval sollte das geplante „**Zentrum für Industriekultur**“ eingerichtet werden. Ihm kann die gewünschte Kopffunktion für die Region zukommen. Es wirkt identitätsstiftend und es wäre ein beispielhaftes Pilotprojekt für die Revitalisierung einer Industriebrache.
- Im Tourismusbereich muß das Angebot verbessert und professioneller vermarktet werden. Als erster wichtiger Schritt soll eine **regionale Tourismusstelle** geschaffen werden.

- Im Kultur- und Tourismussektor sollen Konzepte entwickelt werden. Als erster Schritt soll eine **Bestandsaufnahme des kulturellen und touristischen Angebotes** durchgeführt werden.

6. AUSBLICK

Im Rahmen dieser ersten Regionalkonferenz wurde das grosse Interesse an der Regionalentwicklung im Süden des Landes deutlich. Es mangelt nicht an Ideen, die es der Mühe wert sind, sie zu verfolgen und zu konkretisieren. Alle Teilnehmer haben deutlich zum Ausdruck gebracht, dass der bei der Regionalkonferenz gestartete Diskussionsprozess weitergeführt werden sollte. Viele von ihnen möchten sich auch aktiv daran beteiligen. Auch von Seiten der Gemeinden und des Ministeriums besteht die Bereitschaft in dieser Richtung weiter zu arbeiten. In diesem Sinne werden am Anfang des Jahres 2000 die nächsten Schritte definiert, um zum ersten die Inhalte der Zusammenarbeit zu konkretisieren und zum zweiten erste Weichen bezüglich der Organisationsformen, sowohl für die formale Prozedur als auch für den informellen Prozess, zu stellen. In diesem Rahmen sollen die Ergebnisse der Regionalkonferenz, zusammen mit dem Arbeitspapier, der Stärken-Schwächen-Analyse, etc. zu einem schlüssigen Orientierungsrahmen zusammengeführt werden, der die Grundlage, sowohl für die zu leistende konzeptionelle Arbeit, als auch für konkrete Projekte darstellen soll.